

Dialog

Ausgabe

36

Juni 2017



Praktikum Bachelorthesis Festanstellung



Wir bieten Ihnen ein anspruchsvolles und abwechslungsreiches Aufgabengebiet für die verschiedenen Bereiche der Kommunalverwaltungen, kombiniert mit guten Aufstiegs- und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten.

Werden Sie wichtiger Bestandteil auf dem Weg zu einer modernen Gesellschaft und unterstützen Sie uns und die Kommunen.

KDRS/RZRS
Krailenshaldenstr. 44 · 70469 Stuttgart
Ansprechpartnerin: Frau Madeleine Detemple
Tel: (07 11) 8108-16 016 · E-Mail: personalwesen@rzrs.de

Kommunale Datenverarbeitung
Region Stuttgart

**KDRS
RZRS**

Rechenzentrum
Region Stuttgart GmbH

IMPRESSUM

Dialog

Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Ausgabe 36 – Juni 2017

Herausgeber

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) in Verbindung mit dem Verein der Freunde der Hochschule

Redaktion

Matthias Riede M. A. (verantwortlich)
Prof.'in Dr. habil. Anna Steidle
Rick Will M. A.

Anschrift der Redaktion

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Reuteallee 36; 71634 Ludwigsburg
Telefon 07141/140-541
www.hs-ludwigsburg.de
matthias-riede@hs-ludwigsburg.de

Verein der Freunde

Bürgermeister Klaus Warthon,
Ulla Gottwald

Fotos

Hochschule; Privatbesitz (S. 10: Foto Ferdinando Iannone, S. 45 li: Foto headshot.de); Creative Commons CC BY-SA 3.0 DE, Patrick Blattner (S. 37); Gemeinde Affalterbach. Wir danken HOFFMANN FOTOGRAFIE (73240 Wendlingen) für die Bilder der Bachelorfeier

Verlag:

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH
Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart
Projektmanagement: Meike Habicht M. A.,
Layout: Sonja Krämer

Druck

Offizin Scheufele,
Druck & Medien, Stuttgart

Erscheint zweimal jährlich/Auflage 5.000

Die Redaktion bedankt sich bei Herrn Dr. Mijo Bozic, LL.M für das Erstellen der Seiten „Ludwigsburger Autoren“, und bei Prof. Eberhard Ziegler für die freundliche Unterstützung bei der vorliegenden Ausgabe.

Inhalt

| | |
|--|--|
| Vorwort | 02 |
| Titel Oberfinanzpräsidentin Heck und Gemeindeflagspräsident Kehler im Gespräch | 04 |
| Forum Der neue Hochschulrat der HVF | 08 |
| Hochschule Handlungsleitfäden für die Kommunen – ein gemeinsames Projekt von HVF und KDRS Die Prorektoren Prof. Dr. habil. Steidle und Prof. Dr. Haug im Gespräch mit dem AstA „Helping Hands“ veranstaltet Typisierungs- und Spendenaktion für die DKMS Vernissage an der HVF für eine Hommage an das Ehrenamt Ideenmanagement der Hochschule erfreut sich weiterhin hoher Beliebtheit Erster Doktor aus dem Master-Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement MPM-Führungskräfte sind für neue Herausforderungen gut gerüstet Bachelor-Abschlussfeier im Studiengang Public Management | 11 12 15 16 17 18 20 22 |
| Studium Mit Design Thinking den Bürgerservice neu denken! Details der Beihilfe gekonnt erklärt Aktueller AstA-Report | 24 26 27 |
| Praxis Großes Interesse an Fortbildungen zum neuen Erbschaftsteuerrecht E-Partizipation in Entwicklungsländern Frauenwirtschaftstage 2016 wollen mehr Frauen in Führungspositionen bringen | 28 29 32 |
| Verein der Freunde der Hochschule Preisverleihung bei der Bachelor-Abschlussfeier „Public Management“ | 34 |
| HVF International Partnerschaft mit der Verwaltungshochschule in Quito/Ecuador Studierende der HVF Ludwigsburg besuchen die Winter School 2017 in Saratov Internationale Aktivitäten und Regelunterricht – doch kein Widerspruch? Internationale Konferenz mit Angehörigen der University of Ankara Erfahrungsberichte über Auslandspraktika zeigen Internationalisierung der HVF Beziehungen zur Partneruniversität in Lissabon vertieft | 35 36 37 38 40 42 |
| Zur Person Würdigung der ehemaligen Prorektoren Prof. Berndt und Prof. Dr. Sander Professor Eberhard Ziegler in den Ruhestand verabschiedet Neu an der Hochschule Neue Prodekanin in der Fakultät II Die Hochschule trauert Kurz berichtet Ludwigsburger Autoren | 43 44 45 46 47 48 |

Unterstützt durch:

WGV Versicherungen

Liebe Leserinnen und Leser,



Prof. Dr. Wolfgang Ernst

das neue Jahr begann für unsere Hochschule mit einer weniger erfreulichen Nachricht. Der Landtag von Baden-Württemberg hat beschlossen, zu den Vorgängen in den vergangenen Jahren sowie der Rolle der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Obwohl vieles bereits mehrfach ausgiebig politisch diskutiert und journalistisch begleitet wurde, stehen wir nun erneut im Fokus negativer Schlagzeilen.

Als Rektor habe ich dem Landtag die volle Zusammenarbeit und Transparenz zugesichert, da auch die Hochschule an einer restlosen Aufklärung der Vorfälle interessiert ist. Der Untersuchungsausschuss hat Unterlagen von der Hochschule angefordert. Dieser Forderung kommen wir nach. Gleichzeitig kann ich Ihnen versichern, dass die Qualität der Lehre – wie bereits in den vergangenen Jahren – hiervon nicht beeinflusst werden wird.

Für uns als Hochschule gilt es jetzt umso mehr, nach vorne zu blicken. Ich möchte deshalb dieses Vorwort unter das Motto „Hochschule im Aufbruch“ setzen. Dabei möchte ich auf die verschiedensten Entwicklungspotenziale, die die HVF besitzt, eingehen. Als größte Verwaltungshochschule in Baden-Württemberg sollten wir hierbei nicht zögern, guten Mutes und selbstbewusst voranzugehen.

Strategisch wurde die Hochschule in den vergangenen Monaten neu ausgerichtet. Bereits im Sommer vergangenen Jahres wurden die Fakultätsleitungen neu gewählt. Seit Anfang Februar 2017 stehen mir und Kanzlerin Dunkel im Rektorat die neue Prorektorin Prof. Dr. habil. Anna Steidle und der neue Prorektor Prof. Dr. Thilo Haug zur Seite. Frau Steidle übernimmt den Bereich Forschung und Internationales, Herr Haug ist für Studium und Lehre zuständig. In einem Gespräch mit Studierendenvertretern stellen sie sich und ihre Vorstellungen für die Entwicklung der Hochschule in der vorliegenden Ausgabe näher vor. Frau Steidle und Herr Haug folgen der ausgeschiedenen Prorektorin Prof. Margarete Berndt und dem ebenfalls ausgeschiedenen Prorektor Prof. Dr. Gerald Sander, denen ich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken möchte.

Aufgrund der kontinuierlichen Zunahme der Studierendenzahlen wird die Hochschule ab dem kommenden Wintersemester mit dann dauerhaft über 2.500 Studierenden zu einer mittelgroßen Hochschule für angewandte Wissenschaft. Um ein Höchstmaß an Qualität der Lehre sicherzustellen, werden wir neben dem Ausbau der E-Learning-Angebote sowie einer verbesserten Evaluation des Lehrpersonals in Zukunft auch wieder verstärkt die Didaktik an der Hochschule fördern. Die neue Didaktikbeauftragte Prof. Dr. Alexandra Maier baut momentan das Didaktikangebot für die Hochschullehrenden an der HVF stark aus.

Auch in der Forschung und der Weiterbildung wollen wir neue Wege gehen. Wir möchten forschungsbasiertes Engagement fordern und fördern. In unserem

Selbstverständnis als innovativer Dienstleister für den öffentlichen Sektor in Baden-Württemberg werden wir die angewandte Forschung und Entwicklung sowie das Beratungsangebot für unsere Partner weiter ausbauen. Vor allem in den Bereichen E-Government und Asylpolitik sehe ich hierbei große Potenziale. Neben der inhaltlichen Förderung der Forschung wird in der Hochschule der Prozess der Forschungs- und Drittmittelabwicklung verbessert.

Die Fakultät I setzt perspektivisch bereits auf die zunehmende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. In der traditionell sehr juristisch geprägten Ausbildung in der Verwaltung ist die Hochschule in diesem Bereich am Puls der Zeit. Auch in der Fakultät II gibt es Bestrebungen, im Rahmen der Steuerbeamten-Ausbildungs- und Prüfungsordnung (StBAPO) eine Flexibilisierung zu erreichen sowie Pläne für die Einrichtung eines neuen Masterstudiengangs. Die Diskussionen hierzu sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund freut es mich, dass wir Andrea Heck, Präsidentin der Oberfinanzdirektion Karlsruhe und Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg für ein Interview gewinnen konnten, in dem sie ihre Einschätzung zu den wichtigsten Herausforderungen an Finanz- und Kommunalverwaltung im Land abgeben und ihre Erwartungen an die künftige Zusammenarbeit mit unserer Hochschule darlegen.

Im Bereich der Internationalisierung der Hochschule gehen wir bereits mit großen Schritten voran. Nicht nur werden voraussichtlich auch in diesem Jahr neue Partnerschaften mit Hochschulen aus Europa und Übersee geschlossen. Auch die Intensivierung bereits bestehender Kontakte ist uns ein großes Anliegen. Wir legen dabei den Fokus auf den Austausch von Studierenden sowie auf Forschungsk Kooperationen.

Die neu gesetzten Ziele der Hochschule sind ambitioniert. Es ist mir deshalb wichtig zu betonen, dass ich auf den neuen Wegen auf umfassende Transparenz, Kommunikation und ein angemessenes Tempo setzen möchte. Nur gemeinsam lässt sich der Aufbruch an unserer Hochschule gestalten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre der vorliegenden Ausgabe des Dialogs.

Ihr



Rektor Prof. Dr. Wolfgang Ernst

Oberfinanzpräsidentin Heck und Gemeindegasttagspräsident Kehle im Gespräch

Ein Interview mit
 Andrea Heck,
 Oberfinanzpräsidentin
 des Landes
 Baden-Württemberg,
 und Roger Kehle,
 Geschäftsführender
 Präsident des Gemeindegasttags
 Baden-Württemberg,
 über Digitalisierung und
 Nachwuchsgewinnung als
 zentrale Herausforderungen
 für die Verwaltung.

Sehr geehrte Frau Heck, sehr geehrter Herr Kehle, die Kommunal- und Finanzverwaltungen, nicht nur in Baden-Württemberg, sehen sich in einer sich immer schneller wandelnden und eng vernetzten Welt ständig neuen Anforderungen ausgesetzt. Welche Felder sehen Sie derzeit als die zentralen Herausforderungen an?

Andrea Heck: An erster Stelle die Digitalisierung. Sie erlaubt es, Steuerfälle papierlos, sogar vollautomatisch zu verarbeiten. Schon heute gehen eine Menge Daten elektronisch ein oder werden von uns digitalisiert. Ein eigenes Risikomanagementsystem prüft die Daten dann auf relevante Sachverhalte. Dies verlangt von uns eine Anpassung an die neuen Anforderungen und die grundlegende Umstellung unserer steuerlichen Prüfung.

Nicht zu unterschätzen ist jedoch auch die Ausbildung von Nachwuchskräften. In den nächsten zehn Jahren haben wir einen enormen altersbedingten Personalabgang, den es zu ersetzen gilt. Allein 2017 stellen wir 540 Auszubildende im gehobenen Dienst ein. Dies bedeutet für alle Beteiligten einen erheblichen Kraftakt. Schließlich verlangt eine gute Ausbildung die individuelle Betreuung aller Studierenden. Bei solch einem großen Personalaustausch laufen wir zudem Gefahr, wertvolles Know-how zu verlieren. Deshalb wollen wir ein Wissensmanagement aufbauen, um so den Aufgabenübergang bestmöglich zu begleiten.

Roger Kehle: Auf unsere Städte und Gemeinden kommen immer wieder neue Herausforderungen zu. Wer gedacht hat, die kommunale Infrastruktur sei

komplett, die Dienstleistungen umfassend, der irrt. Städte und Gemeinden kümmern sich heute um die Kleinkindbetreuung und damit um die Berufschancen junger Eltern, bauen Breitbandnetze, sichern die Arztpraxis am Ort und besorgen einen Betreiber für den Dorf- oder Stadteilladen. Gerade hat der Gemeindegast eine Veranstaltungsreihe mitgetragen, die den Erhalt ländlicher Wirtschaftshäuser zum Ziel hat: Das sind nicht nur Biertankstellen, sondern wichtige Treffpunkte, an denen das Gemeindeleben organisiert wird.

Darüber hinaus ist auch für uns die Digitalisierung eine große Herausforderung. Unsere Rathäuser werden zukünftig viel mehr digitale Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger anbieten müssen.

Welche Chancen und Gefahren ergeben sich für Sie aus der Digitalisierung?

Roger Kehle: Digitalisierung ist ein Fakt. Über Vor- und Nachteile zu diskutieren ist – pardon – akademisch, aber nicht praxisrelevant. Wenn unsere Städte und Gemeinden sich der Digitalisierung nicht stellen, wenn sie hier keine aktive Rolle spielen, sind sie „out“. Und bei ihren Bürgerinnen und Bürgern „unten durch“. Deshalb spielt Digitalisierung in unserer Initiative „Städte und Gemeinden 4.0 – Future Communities“ eine zentrale Rolle: Stadt-Apps, Breitband, E-Government, das ganze Spektrum.

Andrea Heck: Die Digitalisierung unterstützt uns bei zentralen Aufgaben und stärkt damit unsere Zukunftsfähigkeit. Einfache Steuerfälle, so genannte „Au-

tofälle“ durchlaufen unsere Systeme mittlerweile vollautomatisch bis hin zur Erstellung des Bescheids. 2016 hatten wir eine Autofallquote von 6,6 Prozent. Das klingt wenig, ist aber bundesweit Spitze. Für dieses Jahr streben wir acht Prozent an. Hinzu kommen weitere Vorteile wie örtliche Flexibilität unserer Beschäftigten sowie Telearbeit, wodurch wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark fördern. Derzeit haben wir 320 Telearbeitsplätze, eine Zahl, die wir in den nächsten Jahren deutlich ausbauen wollen.

Risiken sehe ich in der zunehmenden EDV-Abhängigkeit. Wir müssen über genügend Bandbreiten verfügen und Störungen vermeiden. Auch im Bereich des Gesundheitsmanagements müssen wir neue Wege gehen. Bei mehr und mehr reinen EDV-Arbeitsplätzen stellen sich höhere Anforderungen an die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers. Die Digitalisierung führt zudem zu einer Verlagerung

der steuerlichen Prüfung auf die schwierigeren Fälle. Hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht einen Teil unserer Beschäftigten überfordern.

Der demografische Wandel betrifft die öffentliche Verwaltung in einem besonderen Maße. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten liegt bei über 44 Jahren. Was bedeutet dies konkret für Sie und wie reagieren Sie auf diese Entwicklung?

Roger Kehle: Städte und Gemeinden sollten den demografischen Wandel auf jeden Fall als Chance begreifen. Das heißt, sie müssen fast alle Aufgaben neu denken und planen. Der Gemeindefrat befasst sich bereits seit 2001 systematisch mit den Auswirkungen dieser Entwicklung auf kommunale Handlungsfelder. Es hat so viele Klausurtagungen zum demografischen Wandel gegeben, dass ich aufgehört habe, sie zu zählen. Dennoch muss

man diesen Aspekt ständig im Auge behalten. Wir sehen aber auch, dass rein statistisch orientierte Prognosen kritisch zu hinterfragen sind. Es ist noch nicht lange her, da wurde in Baden-Württemberg vor einem Bevölkerungsrückgang gewarnt. Heute sind wir vor allem damit beschäftigt, den Zuwachs zu bewältigen.

Andrea Heck: Das Durchschnittsalter aller aktiv beschäftigten Beamtinnen und Beamten in den Finanzämtern lag Ende 2016 bei 46,7 Jahren, wobei die Alterssituation von Finanzamt zu Finanzamt sehr unterschiedlich sein kann. Bei der Einführung von Neuerungen, insbesondere EDV-technischer Art, legen wir unser Augenmerk auf die gute Begleitung und Betreuung unserer Beschäftigten. Deshalb haben wir in den Finanzämtern einen dezentralen Benutzerservice, der sich um die Fehlerbehebung kümmert und Tipps zur Anwendung der einzelnen Programme gibt. Bei der Einführung von neuen Programmen setzen wir auf Schulungen einzelner



Beschäftigter, die ihr Wissen dann intern weitergeben. Dieses Modell hat sich bewährt.

Roger Kehle: Auch die kommunale Personalpolitik hat sich völlig neu orientiert. Sich am Fachkräftemarkt als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, Beschäftigte zu halten und zu motivieren, altersgemischte Teams adäquat zu führen; das sind die entscheidenden Faktoren. Und nicht zuletzt: Wer bei anhaltendem Fachkräftemangel nicht ausbildet, hat verloren.

Wo sehen Sie den Beitrag, den die HVF bei der Bewältigung dieser Herausforderungen leisten kann, sowohl in ihrer Lehre als auch in der Forschung und bei den Themen Weiterbildung und Beratung?

Andrea Heck: Die Hochschule leistet für uns einen bedeutenden Beitrag bei der Ausbildung unserer Nachwuchskräfte. Diese Aufgabe hat für uns absolute Priorität. Wir brauchen bestens ausgebildete Steuerexperten, da die Fälle selbst immer komplexer werden und wir in Zukunft nur noch, wie eben dargestellt, die schwierigen Fälle prüfen.

Bei der Komplexität des Steuerrechts stellt sich auch die Frage, ob wir nicht weiter spezialisieren. Auch hier bietet sich die Hochschule an, um zusammen mit der OFD Themen zu finden und Inhalte festzulegen, die im Rahmen von Fort- und

Weiterbildung steuerlich intensiviert werden sollten.

Roger Kehle: Ich halte es für sehr wichtig, dass Hochschule und Praxis noch enger zusammenrücken. Beide Ausbildungsstellen müssen genau wissen, was sie voneinander erwarten können und wo ihre Probleme liegen. Die Rathäuser erwarten von der Hochschule zu Recht mehr Information und Kooperation. Darüber hinaus muss es gelingen, wieder mehr herausragende Praktiker in der Lehre zu gewinnen. Das ist ein Erfolgsfaktor für eine bedarfsgerechte Ausbildung und die Karriere der Absolventinnen und Absolventen.

In vielen Bereichen gibt es bereits einen engen Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen Ihren Behörden und der HVF. Wo sehen Sie Potenziale für eine noch engere Partnerschaft und wie lässt sich der Dialog zwischen Verwaltung und Hochschule aus Ihrer Sicht noch verbessern?

Andrea Heck: Es gibt bereits alle zwei Jahre einen Hochschultag für Beschäftigte der Finanzämter, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule, des Finanzministeriums und der OFD gemeinsam bestreiten. Hier geht es um aktuelle steuerliche Themen von großer Komplexität. Dieser Hochschultag stößt auf beachtliche Resonanz. Denkbar wäre eine Ausweitung dieser Veranstaltung für Fort- und Weiterbildungsthemen von

hoher steuerlicher Bedeutung sowie aus dem Bereich der Personalführung. Hervorheben möchte ich allerdings, dass die Ausbildung aufgrund des großen Nachwuchsbedarfs für uns absolute Priorität hat.

Roger Kehle: Ludwigsburg und Kehl werden von der Kommunalverwaltung als „unsere Hochschulen“ verstanden. Da gibt es ein ausgeprägtes Wir-Gefühl. Aus einer engeren Zusammenarbeit bei der Ausbildung können auf dieser Basis auch gemeinsame Projekte entstehen. Nur so entwickelt sich immer aufs Neue Wertschätzung für die fachlichen Fähigkeiten des Partners, sein Problembewusstsein und das Vertrauen auf seine Kompetenz.

Auch für die Rekrutierung von Nachwuchskräften sind Verwaltung und HVF auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen. Welche gemeinsamen Konzepte erachten Sie für sinnvoll, um Kommunen und Finanzämter für die moderne Arbeitswelt zu öffnen und auch in Zukunft für den Nachwuchs attraktiv zu halten?

Roger Kehle: Viele Städte und Gemeinden sind hier über die Konzept-Diskussion schon hinaus. Sie haben ihre Schwerpunkte gesetzt, auf die es für sie im Bereich der Personalentwicklung ankommt. Natürlich gibt es Nachzügler, aber letztlich kommt an dem Thema keiner vorbei. Der Gemeindegtag hat auch hier Vorarbeit für

seine Mitgliedsstädte und -gemeinden geleistet und ihnen schon 2009 ein Empfehlungspapier angeboten. Kommunen müssen ihre Stärken als attraktiver Arbeitgeber selbstbewusst herausstellen. Sie müssen stärker auf Personalentwicklung setzen. Und sie müssen als Ausbildungsstelle interessant sein.

Für die Lehre an den Hochschulen sind das natürlich wichtige Themen. Denn unsere Nachwuchskräfte müssen hohe Problemlösungskompetenz mitbringen, wenn sie Führungsfunktionen übernehmen oder im Personalmanagement aktiv werden wollen.

Andrea Heck: Bisher treten die Hochschule und die Steuerverwaltung bei der Rekrutierung der Nachwuchskräfte getrennt auf. Ob auf dem Hochschultag der HVF oder bei der Präsenz der Finanzverwaltung in Schulen und auf Messen – jeder von uns vermittelt nur einen Ausschnitt der Ausbildung, aber kein Gesamtbild. Gerade die Abwechslung zwischen Theorie und Praxis ist aber das große Plus dieser dualen Ausbildung. Ich bin überzeugt, dass sich dieses Zusammenspiel besser in gemeinsamen Veranstaltungen vermitteln lässt, um mehr Interessenten anzusprechen. Dieser Gedanke sollte weiterverfolgt werden, wie sich bei den sehr fruchtbaren jährlichen Treffen der Hochschule, des Ausbildungsreferats der OFD und den Finanzämtern bereits zeigt.



Der neue Hochschulrat der HVF

Der Hochschulrat ist neben Senat und Rektorat Organ der Hochschule. Seine Schaffung in den Hochschulgesetzen der Länder beruht auf dem – allerdings durch die letzte LHG-Novelle etwas korrigierten – Prinzip der „unternehmerischen Hochschule“, welche einer Aktiengesellschaft nachgebildet sein sollte; der Hochschulrat soll dabei dem Aufsichtsrat entsprechen. Dem Hochschulrat gehören interne Mitglieder aus den Fakultäten und der Hochschulverwaltung sowie auch externe Mitglieder an. Diese stammen bei den wirtschaftlich ausgerichteten Hochschulen überwiegend aus der Privatwirtschaft, an der Hochschule für Öffentliche Verwal-

tung und Finanzen selbstverständlich aus der Verwaltung. Sie vertreten damit die „Stakeholder“ (hier: Abnehmer, Kunden) der Hochschule.

Der Hochschulrat trägt damit dem Umstand Rechnung, dass die Abnehmer berechnete Ansprüche auf Zurverfügungstellung qualifizierter Absolventen haben; im Hochschulrat sollen ihre Vertreter deswegen an den strategischen Entscheidungen der Hochschule beteiligt sein. Dazu zählen etwa Struktur- und Entwicklungspläne, Haushaltsvoranschlag und Wirtschaftsplan, die Grundsätze für die Ausstattung und für den wirtschaftlichen und

aufgabengerechten Einsatz der Mittel für Forschung oder die Feststellung des Jahresabschlusses. Zudem ist beispielsweise die Vereinbarung von Kooperationen mit anderen Hochschulen von besonderer Bedeutung, auch sind Abschlüsse von Hochschulverträgen zustimmungspflichtig. Näheres ist im aktuellen LHG unter § 20 geregelt.

Dem Hochschulrat an der HVF gehören folgende interne Mitglieder an: Prof.‘in Dr. Kathrin Hänel, Prof. Dr. Günther Becker, Prof. Dr. Christian F. Majer, Katja May-Ruckwied

Vorstellung der externen Mitglieder des neuen Hochschulrats:



Thomas Eigenthaler

Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft

Nach meiner Laufbahnprüfung an der damaligen Fachhochschule für Finanzen war ich vier Jahre als Sachbearbeiter im Finanzamt Böblingen tätig. Nach Erwerb der Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg und einem Jurastudium trat ich zum zweiten Mal in die Landesfinanzverwaltung ein, ab 1997 als Leiter des Präsidialbüros der damaligen Oberfinanzdirektion Stuttgart und als Referent für die Organisation der Finanzämter. Von 2002 bis 2011 war ich Vorsteher des Finanzamtes Stuttgart III. Seither bin ich im Land Baden-Württemberg beurlaubt.

Seit 2011 bin ich Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

sowie, seit 2012, stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes. Auch in der Union des Europäischen Finanzpersonals setze ich mich als Vizepräsident für die Belange der Beschäftigten ein.

Als ehemaliger Absolvent bin ich der Hochschule in Ludwigsburg immer eng verbunden geblieben. Umso mehr freue ich mich, seit 2015 die Entwicklungen an der HVF als Mitglied im Hochschulrat aktiv begleiten zu können, seit November 2016 als stellvertretender Vorsitzender des Gremiums.



Lessli Eismann

Präsidentin des Landesamts für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg

Nach meinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg war ich zunächst bei verschiedenen Finanzämtern und der Oberfinanzdirektion Karlsruhe tätig. 1992 wurde ich Referentin im Finanzministerium Baden-Württemberg und war dort über viele Jahre landesweit zuständig für die Neue Steuerung und die Umwandlung von Landeseinrichtungen z.B. in GmbHs oder Anstalten des öffentlichen Rechts. Seit September 2014 leite ich das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg. Mir war es immer wichtig, Studierenden der HVF schon während ihres Studiums die Möglichkeit zu einem

Praktikum im Ministerium zu geben. Viele meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben erfolgreich ihr Studium an der HVF abgelegt und so weiß ich, welchen wichtigen Beitrag die Hochschule zur Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften für die Landes- und Kommunalverwaltung leistet. Die Förderung des Nachwuchses und die stete Weiterbildung der Beschäftigten müssen gerade auch in der Verwaltung einen hohen Stellenwert haben.



Inken Gallner

Richterin am Bundesarbeitsgericht
Erfurt

Ich bin seit 1994 Richterin in der Arbeitsgerichtsbarkeit, seit 2007 am Bundesarbeitsgericht. Die Gestaltungsspielräume von Verwaltung und Politikberatung haben mich aber immer ebenso sehr gereizt wie die Justiz. Diese „zwei Seelen in meiner Brust“ haben mich über Stationen an der Führungsakademie Baden-Württemberg, in der Landesvertretung Brüssel und im Staatsministerium von 2014 bis 2016 als Ministerialdirektorin in das Justizministerium des Landes geführt.

Studienfragen spannend. Ich habe lange Referendarkurse geleitet, prüfe in der Zweiten juristischen Staatsprüfung und lehre an der Universität Konstanz. Diese Erfahrungen möchte ich in den Hochschulrat einbringen.

Die unterschiedlichen Blickwinkel der ersten, zweiten und dritten Gewalt zeigen mir, wie wichtig die Aufgabe im Hochschulrat der HVF ist. Außerdem finde ich



Gudrun Heute-Bluhm

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städtetags Baden-Württemberg e.V.

Der öffentliche Dienst steht mitten in einer großen Herausforderung, dem Spannungsfeld von Dienstleistung, Management und Politikgestaltung. Unseren beiden Hochschulen für Verwaltung kommt eine Schlüsselrolle zu, die Fach- und Führungskräfte der Zukunft auszubilden. In diesen spannenden Prozess möchte ich mich mit meiner fast vierzigjährigen Erfahrung in der Kommunalverwaltung einbringen als Vorsitzende des Hochschulrats und durch die eine oder andere Aktivität an der Hochschule.

Öffentliche Verwaltung hat mich immer interessiert, schon im Jurastudium an der

Uni Konstanz. Nach dem Start als Verwaltungsrichterin habe ich beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald verschiedene Dezernate geleitet, zuletzt als Erste Landesbeamtin. In dieser Funktion war ich Pionierin. 1995 wurde ich die zweite Oberbürgermeisterin in Baden-Württemberg. Das prägt. Als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags möchte ich einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte leisten. Dazu gehört untrennbar eine zukunftsweisende Ausbildung.



Wolfgang Reimer

Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart

Sehr gerne bin ich Ende 2016 der Bitte nachgekommen, Mitglied im Hochschulrat zu werden. Als Regierungspräsident und Leiter der größten Landesbehörde ist die HVF natürlich für uns ein sehr wichtiger Partner insbesondere in Hinsicht auf unsere Nachwuchsgewinnung. Auch mit Blick auf meine beruflichen Stationen bringe ich mich sehr gerne mit meinen Erfahrungen und meinem Wissen in den Hochschulrat ein.

Als Diplom-Agraringenieur übernahm ich nach dem Studium einen landwirtschaftlichen Betrieb in Gaildorf und entwickelte diesen im Sinne einer modernen und nachhaltigen Landwirtschaft weiter. Von

1985 bis 2001 war ich als Parlamentarischer Berater der Fraktion die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg unter anderem zuständig für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz sowie ländliche Räume. 2001 folgte mein Wechsel ins Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, wo ich die Unterabteilungen Agrarstruktur und Ländliche Räume, sowie – ab 2009 – Landwirtschaft leitete. 2011 ernannte mich die Landesregierung Baden-Württemberg zum Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und 2016 zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Stuttgart.

Handlungsleitfäden für die Kommunen – ein gemeinsames Projekt von HVF und KDRS

Kommunale Datenverarbeitung
Region Stuttgart

KDRS
RZRS

Rechenzentrum
Region Stuttgart GmbH

Laufend gibt es neue Richtlinien und Gesetze, die den Umgang mit der elektronischen Übermittlung von Daten betreffen. Um die Verantwortlichen in den Kommunen bei der Umsetzung in die tägliche Arbeit zu unterstützen, entstand die Idee, Handlungsleitfäden zu entwickeln.

KDRS/RZRS sieht seine Aufgabe darin, den Kommunen einen umfangreichen Service zu bieten, der über reine IT-Dienstleistungen weit hinausgeht. Neue Regelungen und Vorschriften werden sofort in den vorhandenen Lösungen umgesetzt und die Kommunen können umfangreiche Unterstützung erwarten, wenn neue Gesetze geänderte Vorgehensweisen erfordern. Aus diesem Grund lag die Kooperation mit der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg nahe. Durch die gemeinsamen Projekte fließen neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zusammen mit Erfahrungen aus der Praxis in die Leitfäden ein. Dabei ergänzen sich die unterschiedlichen Perspektiven der Hochschule und des Rechenzentrums ideal.

Der im Jahr 2016 veröffentlichte Handlungsleitfaden zum E-Government-Gesetz kam sehr erfolgreich bei den Kommunalverwaltungen der Region Stuttgart und darüber hinaus an. Daran anknüpfend wurden im Januar 2017 der Leitfaden „EU-Datenschutzgrundverordnung“ und die „Studie E-Vergabe – Gemeinsam digital“ vorgestellt.

Der Leitfaden zur EU-Datenschutzgrundverordnung bringt die Rechtsverordnung in eine les- und handhabbare Form, mit der die Kommunen besser arbeiten können als mit dem Gesetzestext. Der Handlungsleitfaden zur EU-Datenschutzgrundverordnung wurde unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor

Robert Müller-Török durch eine Arbeitsgruppe von elf Studenten erstellt und von Hubert Röder (KDRS), Ralf Heckenberger (Datenzentrale Baden-Württemberg) und Dekan Professor Arne Pautsch begleitet.

Die Machbarkeitsstudie zur elektronischen Vergabe entstand unter dem Vorsitz von Professor Müller-Török und Christoph Ludwig (KDRS) mit einer Arbeitsgruppe von neun Studenten. Als Experten standen Professor Arne Pautsch, Univ.-Professor Dr. Alexander Prosser (Affiliation Wirtschaftsuniversität Wien) und Ralf Heckenberger (Datenzentrale Baden-Württemberg) beratend zur Seite.

Ein erfreulicher Zusatzeffekt ist, dass die beteiligten Studierenden, die an den Arbeitsgruppen und Projekten teilnehmen, KDRS und auch die weiteren Partner des Datenverarbeitenden Verbundes Baden-Württembergs (DVV BW) als möglichen Arbeitgeber kennen lernen.

Die Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart bietet viele weitere Dienstleistungen an: Kommunen können sich von KDRS bei Bürgerbeteiligungsprojekten beraten oder diese sogar komplett durchführen lassen. Ebenso können sie sich dabei unterstützen lassen, Abläufe in den Kommunen zu optimieren. Auch Verwaltungen, denen die Aufgaben der IT mangels vorhandener Ressourcen über den Kopf wachsen, sind bei KDRS gut aufgehoben. Wer sich für Managed Hosting entscheidet, braucht sich keine Gedanken mehr über Updates, Kapazitäten und Sicherheit zu machen. IT hat den Stand einer Querschnittsaufgabe und ist eine Kernkompetenz, die in allen Bereichen einer Kommunalverwaltung erforderlich ist.

Kontakt

KDRS/RZRS
Maria Bieber
Geschäftsbereichsleiterin Unternehmenskommunikation
Telefon: 0711 / 81 08-11 670
M.Bieber@kdrs.de
www.kdrs.de

Die Prorektoren Prof. Dr. habil. Steidle und Prof. Dr. Haug im Gespräch mit dem AStA

„Im Endeffekt sind wir Dienstleister für Sie.“

Die neuen Prorektoren der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg Prof. Dr. habil. Anna Steidle (Prorektorin für Forschung und Internationales) und Prof. Dr. Thilo Haug (Prorektor für Studium und Lehre) luden den AStA am Donnerstag, den 2. März 2017 zu einem Kennenlerngespräch in der Cafété ein. Der Termin sollte gleichzeitig zum Erfahrungs- und Erwartungsaustausch genutzt werden. Für den AStA nahmen Marc Lünenborg (AStA-Vorsitzender) und Daniela Wählt (AStA-Finanzreferentin) teil. Schnell ergab sich ein reger und produktiver Austausch und die Erkenntnis, dass die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen dem neuen Rektorat und der Studierendenvertretung allemal geschaffen wurde.

Wie war die Einarbeitung in das neue Amt?

In der Einarbeitungsphase waren wir selbst etwas überrascht, wie sehr die

vergangenen Ereignisse die HVF bis heute noch berühren. Wir sehen aber den Wechsel in der Hochschulführung auch als Neuanfang. In solchen Situationen gibt es zwei Alternativen: Entweder man wühlt die Vergangenheit auf und identifiziert sich mit dieser oder man blickt in die Zukunft und versucht, die Hochschule voranzubringen. Selbstverständlich darf man dabei die Vergangenheit nicht verdrängen und muss aus gemachten Fehlern lernen. Aber da wir erst im letzten Jahr an die Hochschule gekommen sind, richtet sich unser Blick ganz instinktiv auf die Weiterentwicklung der Hochschule. Wie haben Sie als Studierende die Situation erlebt?

Naja, wir denken, für die „normalen“ Studierenden ist es erst mal schwer, die Problematik zu verstehen. Es geht immerhin um komplexe Fragen des Besoldungsrechts. Gleichwohl war uns aber bewusst,



welchen Druck die Sache auf das Hochschulleben ausübt. Allein die Presseresonanz macht dies eindrucksvoll deutlich. Die Studierenden fühlen sich in der ganzen Situation etwas alleine gelassen. Auch von Seiten der Hochschule wurde unserem Ermessen nach bisher noch nicht adäquat Stellung genommen. Man muss aber auch betonen, dass es nur geringe Auswirkungen auf die Lehre und den Vorlesungsbetrieb gab. An dieser Stelle würden wir gerne wissen, ob Sie der Meinung sind, dass die Hochschule gut läuft?

Bei jeder organisatorischen Frage stehen Sie, die Studierenden, für uns im Mittelpunkt. Im Endeffekt sind wir Dienstleister für Sie. Hierzu stimmten wir uns eng mit unseren Stakeholdern ab, um Ihnen stets ein angemessenes Lehrangebot zu bieten.

Wie Sie schon sagten, sind wir ebenfalls der Meinung, dass der Vorlesungsbetrieb gut läuft und für die Studierenden ein Umfeld geschaffen ist, in dem produktiv gearbeitet werden kann. Durch die steigenden Studierendenzahlen sind wir aber auch vor neue, zusätzliche Herausforderungen gestellt. Schon jetzt sind die räumlichen Kapazitäten der Hochschule quasi ausgereizt. Selbst mit den zusätzlichen Räumen im Bleyle-Areal und den inzwischen etablierten Nachmittagsvorlesungen kommen wir an unsere Grenzen. Hier besteht dringender Abhilfebedarf, den wir mit den zuständigen externen Stellen abstimmen werden.

Wie unterscheidet sich das Amt von der normalen Lehrtätigkeit?

Der Unterschied ist fundamental. Wir befinden uns als Prorektoren in einer Leitungs- und Abstimmungsfunktion und nicht – wie als lehrende Professorin oder als lehrender Professor – in einer Art „Fachkraftposition“. Vor allem wird unser Arbeitstag von diversen Besprechungen geprägt. Diese sind allerdings auch immens wichtig für eine gelingende Zusammenarbeit aller Gremien und Funktionsstellen.

Frau Steidle, Sie gehen bald in Mutterschutz, wie sieht die Vertretungsregelung für Sie aus?

Nun, die Leiter der Abteilungen für Forschung und Internationales werden die anfallenden Aufgaben gemeinsamen mit beauftragten Professorinnen und Professoren übernehmen. Diese Ämter hatten alle bereits inne, bevor ich vor sechs Wochen übernommen habe, wodurch eine reibungslose Übergabe gegeben ist. Zudem werde ich bereits Ende des Sommers an die Hochschule zurückkehren, wenn mein Mann die Betreuung unseres Kindes übernimmt. Wir haben auch das Glück, familiär sehr stark unterstützt zu werden, sodass ich mich relativ schnell wieder meiner beruflichen Tätigkeit widmen kann.

Frau Steidle, was planen Sie, um die HVF in der Forschung weiterzuentwickeln?

Die HVF versteht sich als Partner der öffentlichen Verwaltung bei der erfolg-

reichen Bewältigung von Herausforderungen wie der Digitalisierung und dem demografischen Wandel. Unseren wichtigsten Beitrag leisten wir in der exzellenten Ausbildung unserer Studierenden. Darüber hinaus möchten wir aber auch durch anwendungsnahe Forschungsprojekte sowie Beratungs- und Weiterbildungsangebote den Austausch mit unseren Partnern in den öffentlichen Verwaltungen stärken.

Als Rektorat haben wir hier die Aufgabe, die Anwendungsprojekte durch schlanke organisationale Prozesse zu unterstützen und die Forschenden an der HVF durch passende Anreize zum Forschen zu motivieren. Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht auch sehr wichtig, dass wir den Dialog und die Kooperation untereinander stärken und unser „Leistungsspektrum“ auch nach außen darstellen.

Nach unserem Verständnis machen wir hier keine Forschung für den Elfenbeinturm, sondern geben Antworten auf praxisnahe Fragen. Meine wichtigsten Aufgaben bestehen also auch hier im Zuhören, Kommunizieren, Vernetzen und Organisieren, denn die fachliche Exzellenz und die große Praxisnähe bringen viele meiner Kolleginnen und Kollegen mit. Ich denke, im Vergleich zu vielen anderen externen Hochschulen tut sich die HVF sehr viel leichter, praktische Anwendungsprojekte erfolgreich durchzuführen, weil wir durch alle Hochschulangehörigen – seien es Studierende oder Lehrende – eine enge Bindung an unterschiedliche Verwaltungen vorweisen können. Auf diese Stärken möchte ich in Zukunft noch mehr bauen.

Herr Haug, welche Ideen gibt es zur Verbesserung von Studium und Lehre?

Einen besonderen Schwerpunkt lege ich auf eine Modernisierung des Studienbetriebs. Darunter fällt beispielsweise das E-Learning. Die Studierenden sollen unterstützend die Möglichkeit haben, sich Problemschwerpunkte selbst zu erarbeiten oder nachzuarbeiten. Ich denke dabei an Videoaufzeichnungen, anhand derer Dozierende einzelne Punkte des Lehrplans erläutern. Auch kleinere Tests, beispielsweise in Form eines Multiple-Choice, könnten elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

Für den allgemeinen Studienalltag ist die derzeit uneinheitliche Praxis der Materialbereitstellung über Moodle, das K-Laufwerk oder E-Mail zu überdenken. Oftmals gibt es auch keine einheitlichen Arbeitsmaterialien für die Fächer, was häufig zu einem internen Austausch der Materialien zwischen den AGs führt. Eine vereinheitlichte Basis an Lehrmaterial, beispielsweise durch eine Fallsammlung, die in allen AGs eines Studienabschnitts als Grundlage der Vorlesung dient, wäre hierbei für alle Beteiligten von Vorteil. Wir arbeiten daran, sukzes-

sive die Studieninhalte auch auf Moodle bereitzustellen. Die derzeitige Praxis, dass alle Skripte ausgedruckt werden, führt teilweise zu einem massiven Papierverbrauch, der aus ökologischer und ökonomischer Sicht kritisch zu sehen ist. Auch sind die Studierenden heute viel technischer als zu früheren Zeiten. Einige arbeiten schon heute mit Tablets oder Laptops in der Vorlesung und benutzen die Skripte nur noch in digitaler Form. Diese Möglichkeit könnte noch viel mehr genutzt werden, wenn wir alle Arbeitsmaterialien elektronisch auf einer Plattform bereitstellen.

Auch die Studierendenvertreter konnten Herrn Haug nur zustimmen und boten gerne ihre Hilfe bei der Umsetzung an. Vor allem im Studienalltag sieht man zum einen, dass der zentrale Ausdruck von Skripten massiv Papier verschwendet, und dass zum anderen immer wieder Skripte verloren gingen und die Ersatzbeschaffung teilweise fast unmöglich ist. Die Bereitstellung aller Skripte in digitaler Form würde dieses Problem lösen. Auch würde die Mehrheit der Studierenden lieber digital arbeiten und nur partiell Skripte ausdrucken, zum Beispiel bei Fallsammlungen.

Einen weiteren Punkt, den ich verfolge, um Studium und Lehre weiterzuentwickeln, betrifft den Vorlesungsbetrieb. Hier würden wir gerne mehr Abwechslung implementieren und nicht nur auf reinen Frontalunterricht setzen. Dies ist aber ein mittelfristiger Prozess, bei dem es einer Feinabstimmung bedarf. Die Studierenden haben ganz persönliche Lernansätze. Sie sind hierfür das beste Beispiel. Sie, Frau Wählt, wünschen sich eine praktische Unterrichtsgestaltung, bei der viele Fälle und Klausurübungen durchgeführt werden, während Herr Lünenborg den reinen Frontalunterricht bevorzugt. Dies zeigt ziemlich gut, wie weit die Ansprüche innerhalb der Studierenden auseinandergehen, denen wir als Hochschule möglichst gerecht werden müssen.

Förderer der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg



„Helping Hands“ veranstaltet Typisierungs- und Spendenaktion für die DKMS

Im Rahmen unserer Projektarbeit führten wir – die Projektgruppe „Helping Hands“, elf Studierende der Fakultät II – am 13. April 2016 auf dem gemeinsamen Campus der HVF und der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eine Typisierungs- und Spendenaktion durch. Unser Ziel war es, mit dieser Aktion die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) bei der Spendersuche im Kampf gegen Leukämie zu unterstützen.

Nach einem informativen Kurzvortrag zum Thema Blutkrebs und Stammzellspende beantworteten wir anschließend alle offenen Fragen in persönlichen Gesprächen. Kurzentschlossene konnten sich direkt vor Ort – getreu dem Motto „Stäbchen rein – Spender sein“ – in die Datenbank der DKMS aufnehmen lassen. Eine Registrierung durch Wangenabstrich sowie Aufnahme aller relevanten persönlichen Daten des Spenders dauerte ca. zehn Minuten. Die Informationsmaterialien und Registrierungs-Sets erhielten wir von der größten Stammzellspenderdatei der Welt, der DKMS.

Die Aufnahme eines neu Registrierten kostet die DKMS rund 40 Euro, die aus

Spendengeldern finanziert werden müssen. Deshalb boten wir auch denjenigen, die sich an diesem Tag nicht registrieren ließen, die Möglichkeit, die DKMS finanziell zu unterstützen. Zu diesem Zweck organisierten wir eine Tombola, bei der Gutscheine für das Shoppingcenter Milaneo in Stuttgart gewonnen werden konnten, die wir zuvor auf eigene Kosten erworben hatten.

Da wir leider nicht auch in der Außenstelle der Hochschule auf dem Bleyle-Areal eine Typisierungsaktion durchführen konnten, warben wir bei den dortigen Kommilitoninnen und Kommilitonen für unsere Aktion auf dem Campus. Dabei sammelten wir durch einen Waffel- und Kuchenverkauf zusätzliche Spenden für die DKMS. Die Resonanz war durchweg positiv. Viele Studierende nahmen sogar den Weg zum Campus auf sich, um sich registrieren zu lassen oder an der Tombola teilzunehmen.

Zusätzlich machten wir in einem Radio-Interview beim Heilbronner Radiosender „Radio Ton“ auf unsere Aktion aufmerksam. So wollten wir auch über unseren Campus hinaus Menschen die Möglichkeit zur Information und Registrierung als Spender bieten.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Mehr als 100 mögliche Spender, d. h. mehr als 100 Menschen, die Leben retten könnten, gewannen wir für die DKMS an diesem Tag hinzu. Außerdem sammelten wir Spenden in Höhe von rund 500 Euro.

Unsere Projektarbeit fand im Rahmen des Fachs Sozialwissenschaften der Fakultät II statt und wurde von Prof. Dr. Gunda Rosenauer betreut und begleitet.

Die Projektgruppe „Helping Hands“



Vernissage an der HVF für eine Hommage an das Ehrenamt

Am Mittwoch, den 7. Dezember 2016 wurde die Ausstellung „DENK MAL an die Anderen – Das Denkmal des sozialen Ehrenamts in Portraits“ eröffnet. Studierende des Vertiefungsschwerpunkts Kultur-, Sport- und Bildungsmanagement im Bachelorstudiengang Public Management haben sie organisiert und durchgeführt.

Zu Beginn der zweiten Pause füllte sich das Foyer vor dem Rektorat mit vielen Interessierten. Nach einem Grußwort durch Frau Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig, der Koordinatorin des Vertiefungsschwerpunkts, bot sich den Besuchern – einer bunten Mischung aus Studierenden, Dozierenden und Hochschulpersonal – die Möglichkeit, die Ausstellung zu bewundern.

Die Studierenden der aktuellen G14 hatten für die Ausstellung Kontakt zu Ehrenamtlichen aus den unterschiedlichsten sozialen Bereichen aufgenommen, um deren Engagement stellvertretend für alle ehrenamtlich Tätigen zu präsentieren und zu würdi-

gen. Alle Ehrenamtliche werden in einem Einzelportrait und weiteren Bildern, die sie in Ausübung ihrer ehrenamtlichen Arbeit zeigen, dargestellt. Abgerundet wird die Vorstellung durch ein individuelles Statement zur Motivation oder dem schönsten Erlebnis im Ehrenamt.

In gemütlicher Atmosphäre bei Musik, einem Glas Sekt und einer Kleinigkeit zu essen ließen die zahlreichen Besucherinnen und Besucher die Portraits auf sich wirken. Der ein oder andere wurde durch die Portraits der Menschen, die sich für andere einsetzen und damit einen großen Beitrag zum Erhalt unserer Gesellschaft leisten, sicherlich zum Nachdenken angeregt. Nicht zuletzt dank der vielen Besucherinnen und Besucher war die Veranstaltung somit ein voller Erfolg.

*Studierende des
G14-Vertiefungsschwerpunkts Kultur-,
Sport- und Bildungsmanagement*



Ideenmanagement der Hochschule erfreut sich weiterhin hoher Beliebtheit



Rick Will, M. A.

Qualitätsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit der HVF

Das im Mai 2016 überarbeitete und verbesserte Konzept des Ideenmanagements der Hochschule erfreut sich weiterhin hoher Beliebtheit. So sind in nicht einmal einem Jahr bereits 48 neue Ideen über das Ideenmanagement eingegangen und im eigens hierfür eingerichteten „Ausschuss/idee“ diskutiert worden. Nachdem der Ausschuss sich intensiv mit den eingereichten Ideen auseinandergesetzt hat, wurden insgesamt drei der 48 Vorschläge mit einer Prämie gewürdigt:

1. Netzwerk für Mitfahrgelegenheiten

Mit insgesamt 100 Euro prämierte der Ausschuss die Idee, ein Netzwerk für Mitfahrgelegenheiten für Beschäftigte und Studierende der Hochschule einzurichten. Die Idee ist mittlerweile bereits umgesetzt: Das Netzwerk wurde über die Mitfahrzentrale flinc.org eingerichtet. Weitere Informationen zum Mitfahrnetzwerk finden Sie auf unserer Homepage unter www.hs-ludwigsburg.de/mitfahren.

2. Schnellzugriff auf IT-Systeme

Weiterhin gewährte der Ausschuss eine Prämie von 50 Euro für den Vorschlag, auf der Homepage der Hochschule einen Schnellzugriff auf die unterschiedlichen IT-Systeme einzurichten. Auch dieser Vorschlag wurde mittlerweile bereits umgesetzt und über den Reiter „IT & Medien“ auf der Homepage realisiert.

3. Parkplatzsituation

Weitere 50 Euro gab es für den Vorschlag, Maßnahmen gegen die sich ste-

tig verschlechternde Parkplatzsituation in der Fröbelstraße zu entwickeln. Um dies zu erreichen, wird die Hochschulleitung unter anderem ein Treffen mit anderen vor Ort ansässigen Einrichtungen arrangieren, um gemeinsam mögliche Lösungen zu eruieren.

Ganz gleich, ob Sie in der Verwaltung unserer Hochschule arbeiten, ob Sie hier lehren oder studieren – Ihre Ideen sind gefragt! Willkommen ist dabei jeder Vorschlag, der die Hochschule in die Lage versetzt, die Arbeit zu erleichtern, wirtschaftlicher zu gestalten, den Service der Hochschule zu verbessern oder die Umwelt zu schonen. Nutzen Sie diese Chance und reichen Sie Ihre Ideen und Verbesserungsvorschläge gleich über unser System unter www.hs-ludwigsburg/idee ein!

Was ist das Ideenmanagement?

Das Ideenmanagement bietet Ihnen eine anonyme und einfache Möglichkeit, Anregungen auszusprechen und Verbesserungspotenziale aufzuzeigen. Konzept und Ablauf finden Sie auf der Homepage unserer Hochschule unter www.hs-ludwigsburg.de/idee. Über die Annahme der Ideen entscheidet ein neutraler Ausschuss, der sich aus allen Statusgruppen der Hochschule zusammensetzt und Studierende mit einschließt. In diesem Prozess ist auch die Entscheidung über die Umsetzung einer Idee fest verankert. Wird Ihr Vorschlag zur Umsetzung angenommen, können Sie zusätzlich mit einer stattlichen Prämie rechnen!



Erster Doktor aus dem Master-Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement



Prof. Dr. Volkmar Kese

*Studiendekan MPM und MEPA
Betreuer der Dissertation von Herrn
Fenner*



Daniel Zimmermann M. A.

*Leitender Studienmanager MPM und
MEPA
Doktorand bei den Betreuern
Prof. Dr. Volkmar Kese und
Prof. Dr. Wolfgang Renzsch*

Am 25. Januar 2017 wurde David H. Fenner M. A. M. A. als erster Absolvent des Master-Studiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement/European Public Administration (MEPA) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erfolgreich zum Doktor rer. pol. promoviert. Mit dieser Promotion war mit Prof. Dr. Volkmar Kese erstmals ein Professor der Hochschule Ludwigsburg gleichberechtigtes Mitglied und Gutachter einer universitären Promotionskommission.

Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Kese gemeinsam mit Prof. Dr. Wolfgang Renzsch, Fakultät für Humanwissenschaften der Universität Magdeburg, betreut. Die Dissertation mit dem Titel „Ein neuer wettbewerbsorientierter Ansatz in den wirtschaftsfördernden Politiken der EU“ und ihre Verteidigung wurden mit magna cum laude (1,4) bewertet.

Die Dissertation liefert den Bundesländern wichtige Anhaltspunkte für die Verhandlungen der Förderperiode der Kohäsionspolitik nach 2020 auf der EU- und der Bundesebene.

Entstanden ist die Promotion auf Initiative von Prof. Dr. Kese aus der Forschungskooperation zwischen dem von ihm gegründeten europäischen Forschungsnetzwerk der Hochschule Ludwigsburg und dem Land Sachsen-Anhalt. Diese Forschungskooperation hatte die Evaluation der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Sachsen-Anhalt zum Gegenstand, die Herr Fenner als wissenschaftlicher Mitarbeiter von 2011 bis 2013 begleitet hat. Bis 2015 war er am Institut für Angewandte Forschung beschäftigt, bevor er eine Referentenstelle für die Themen Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik bei der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU angetreten hat. Bei dieser Tätigkeit

kann er sein breites Europawissen aus dem Master-Studium und seine Ergebnisse der Dissertation anwenden und davon profitieren.

Herr Fenner widmet sich in seiner Dissertation der Frage, ob und weshalb es eines neuen wettbewerbsorientierten Ansatzes in den wirtschaftsfördernden Politiken der EU bedarf. Dies wird an Zielkonflikten und Widersprüchlichkeiten zwischen den wirtschaftsfördernden Politiken der europäischen Kohäsions-, Beihilfen- und Industriepolitik festgemacht, die auf die Verdrängung der vertraglich festgelegten Wettbewerbsorientierung zugunsten einer nach außen gerichteten Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt werden.

Da Konflikte in den drei wirtschaftsfördernden Politiken bisher noch nicht wissenschaftlich untersucht wurden, erfolgt eine politikwissenschaftliche Klassifizierung dieser Politiken als eigenständige Politikfelder. Dafür arbeitet Herr Fenner Ziele, Maßnahmen und Auswirkungen heraus, um im Anschluss Schnittflächen und Konfliktpotenziale auszumachen. Darunter fallen gegensätzliche theoretische Grundlagen der verschiedenen Politikfelder, unterschiedliche politikfeldbezogene Begriffsverständnisse auf europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene, Kompetenzeinschränkungen und das Fehlen hinreichend genauer Ziele.

Dafür hält er einen neuen wettbewerbsorientierten Ansatz für die wirtschaftsfördernden Politiken der EU geeignet, der zur Lösung der aufgezeigten Probleme

beitragen kann. Seine Analyse liefert Anhaltspunkte, um den Wettbewerb als verfassungsrechtliches Koordinierungsinstrument zu stärken. Um Konflikte in der Förderpraxis durch die drei wirtschaftsfördernden Politiken zu vermeiden, wird durch die Skizzierung eines Inkompatibilitätsprinzips ein eigener Lösungsansatz geliefert.

Herr Fenner sichert seine Ergebnisse mit einem Einsatz mehrerer wissenschaftlicher Methoden ab. Darunter fallen eine literaturgestützte Auseinandersetzung mit den behandelten Thematiken unter Nutzung verschiedener Disziplinen der Europawissenschaften (insbesondere Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft), eine Auswertung von Primärquellen von EU-Institutionen, einschlägiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und



Studien, eine hermeneutische Analyse des Wirtschaftsförderungsbegriffs, und eine Inhaltsanalyse von Mitteilungen der EU-Kommission. Am Beispiel eines Bundeslandes belegt er seine theoretischen Erkenntnisse anhand von Kohäsions- und Wettbewerbsfähigkeitsberichten. Er weist Mehrfachförderungen insbesondere in wirtschaftsstarken Regionen in diesem Bundesland nach, was dazu führt, dass große Unternehmen Vorteile bei der Vergabe der Mittel gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen haben. Aus dieser Untersuchung kommt Herr Fenner zum Schluss, dass die Wettbewerbsorientierung des Binnenmarktes gestärkt werden müsste.

Damit liefert die Dissertation den Bundesländern wichtige Anhaltspunkte für die Verhandlungen der Förderperiode der Kohäsionspolitik nach 2020 auf der EU- und der Bundesebene. Aber auch Städten und Gemeinden des ländlichen Raums führen die Ergebnisse vor Augen, dass sie ihre Interessen rechtzeitig in die Planung der kommenden Förderperiode einbringen müssen. Gerade dort muss ein hohes Interesse an der Einhaltung der verfassungsgemäßen Wettbewerbsorientierung bestehen, da sich ansonsten die Förderung von ohnehin wirtschaftsstarken Clustern mit ihren Leuchttürmen verstetigt. Ein blinder Förderfleck für strukturschwächere Kommunen steht aber den Zielen der Kohäsions- im Sinne einer Zusammenhaltspolitik entgegen.

MPM-Führungskräfte sind für neue Herausforderungen gut gerüstet



Am 17. März 2017 wurde der fünfte Abschlussjahrgang des berufsbegleitenden Master-Studiengangs Public Management (MPM) der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg im Großen Saal des Kreishauses des Landratsamtes Ludwigsburg feierlich verabschiedet.

Anwesend waren zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verbände, Ehrengäste, Dozierende, Familien und zu unserer besonderen Freude auch Arbeitgeber der Absolventinnen und Absolventen. Diese haben in den zweieinhalb Studienjahren wichtige Führungskompetenzen erworben und auch schon während des Studiums gezeigt, dass sie mit ihren Projekt- und Abschlussarbeiten Beratungsleistungen für Problemlösungen der Praxis bieten können.

Prof. Dr. Wolfgang Ernst, Rektor der Hochschule Ludwigsburg, bedankte sich insbesondere bei den kommunalen Landesverbänden, die den Studiengang finanziell unterstützen. Ein gesonderter Dank ging an Landrat Dr. Rainer Haas, der bereits zum dritten Mal die feierlichen Räumlichkeiten des Kreishauses für die MPM-Abschlussfeier bereitstellte. Dr. Haas wiederum brachte die enge Verbundenheit zwischen der Landkreisverwaltung und der Hochschule zum Ausdruck und bescheinigte den Absolventinnen und Absolventen des MPM hervorragende Zukunftschancen in den Verwaltungen Baden-Württembergs.

Dr. Stefanie Hinz, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Städtetages Baden-Württemberg, zollte in ihrer Festrede der Bereitschaft und Ausdauer der ehemaligen

Studierenden großen Respekt. Dafür gebühre der Dank vor allem auch den Arbeitgebern und Kolleginnen und Kollegen, die ihnen während des Studiums den Rücken frei gehalten hätten. Das Land habe nun kreative, motivierte, eigenständige und teamfähige Führungskräfte gewonnen, die mit ihren Fach- und Methodenkompetenzen zentrale Zukunftsherausforderungen wie beispielsweise die Digitalisierung und den demografischen Wandel erfolgreich bewältigen könnten. Es werde auch immer wichtiger, verstärkt über Kommunengrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Die Absolventinnen und Absolventen des MPM hätten sich die dafür notwendigen Netzwerkkompetenzen während des Studiums angeeignet.

Moritz Huber bestätigte aus Absolventensicht, dass es für eine moderne Führungs-

kraft nicht mehr ausreiche, sich auf einzelne Themenfelder zu spezialisieren. Dafür seien im MPM ein breites Fachwissen und die notwendigen Steuerungskompetenzen vermittelt worden. Zum Studienerfolg aller hätten maßgeblich sowohl das gelungene Studienkonzept als auch die Teamarbeit beigetragen. Ein Teil der Absolventinnen und Absolventen des MPM habe auch bereits von Spezialisierungsangeboten zum Coaching und zu Europakompetenzen profitiert. Huber bedankte sich deshalb beim privaten Umfeld, den Arbeitgebern und den kommunalen Verbänden. Ein besonderer Dank galt den Dozierenden für ihren Einsatz, dem Studiendekan Prof. Dr. Volkmar Kese für die gute Führung und Motivation und dem Studienmanagement für die Unterstützung und Betreuung.

Prof. Dr. Kese freute sich darüber, dass viele seiner ehemaligen Studierenden sogar während ihres Studiums die Kraft aufbrachten, wissenschaftsbasierte Artikel in

der Fachzeitschrift „apf“ des Boorberg Verlags und in der e-Reihe „Spezialwissen für die Verwaltung“ des Kommunal- und Schulverlags zu veröffentlichen. Im Foyer fanden die Gäste anschließend eine beeindruckende Ausstellung von Veröffentlichungen mit studentischer Autorenteilnahme, wissenschaftsbasierten Beratungserfolgen und Karriereentwicklungen der Absolventinnen und Absolventen des MPM vor.

Prof. Dr. Arne Pautsch, Dekan der Fakultät I Management und Recht, zeichnete die drei besten Absolventinnen mit Buchpreisen aus. Diese wurden vom Alumni-Verein des MPM und dem Verein der Freunde der Hochschule Ludwigsburg gestiftet. Der Brückenschlag zur Praxis durch den MPM zeige sich im Themenspektrum der Master-Thesen, die konkrete Handlungsempfehlungen, Beratungsleistungen und weitere Hilfestellung für die Praxis liefern.

Als Jahrgangsbeste wurde Jennifer Langkammerer mit einem Notendurchschnitt von 1,4 ausgezeichnet. Die Mitarbeiterin der Stadt Ulm hat gemeinsam mit der zweiten Preisträgerin, Claudia Karabensch (Notendurchschnitt: 1,5) von der Stadt Pforzheim, ein praxisorientiertes Konzept zur Optimierung der internen Online-Kommunikation für das Intranet der Stadt Pforzheim entwickelt. Ergebnisse dieser gemeinsamen Master-Thesis werden bereits innerhalb der Stadtverwaltung diskutiert und sogar für die Optimierung des Intranets genutzt. Besonders erfreut waren deshalb die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Pforzheim über die erhaltene wissenschaftsbasierte Unterstützung und die hervorragende Studienleistung ihrer Mitarbeiterin. Aber auch für andere Städte wie Ulm liefert die Abschlussarbeit wichtige Anregungen. Als drittbeste Absolventin mit einem Notendurchschnitt von ebenfalls 1,5 beschäftigte sich Meike Hafner in der Master-Thesis mit dem doppelten Jahresabschluss als Instrument zur strategischen Steuerungsunterstützung in Großen Kreisstädten.

Wir wünschen den Absolventinnen und Absolventen des MPM viel Erfolg bei der Ausübung ihrer Führungsaufgaben.

Mehr erfahren unter:
www.hs-ludwigsburg.de/mpm

Prof. Dr. Volkmar Kese, Daniel Zimmermann M. A. und Eva Baum M. A.



Bachelor-Abschlussfeier im Studiengang Public Management

Mit ihrer Bachelorfeier verabschiedeten sich die 280 Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“ am 27. Februar 2017 im Theatersaal des Forums am Schlosspark in Ludwigsburg. Rektor Prof. Dr. Wolfgang Ernst konnte nicht nur zahlreiche hochrangige Ehrengäste aus Politik und Verwaltung begrüßen, sondern auch sehr erfreuliche Ergebnisse aus der aktuellen Absolventenbefragung vorstellen. Knapp 90 Prozent der Studierenden hatten kurz vor Abschluss des Studiums bereits eine Stelle oder Aussicht darauf.

Für das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sprach Ministerialdirigent Andreas Schütze in Vertretung des erkrankten Ministerialdirektors Julian Würtenberger. Schütze lobte den generalistischen Charakter des Studiums. Der gehobene Verwaltungsdienst sei der „Backbone der Verwaltung in Baden-Württemberg“, so Schütze. Da dieser meist der Ansprechpartner für zunehmend selbstbewusste Bürgerinnen und

Bürger sei, seien soziale und interkulturelle Kompetenzen wichtige Bestandteile der Ausbildung. Die Hochschule bestätige zudem immer wieder ihren Stellenwert als Bürgermeisterschmiede.

Mit dem mit 500 Euro dotierten Ehrenpreis des Städtetags Baden-Württemberg wurde Jennifer Stegmaier als beste Absolventin des Jahrgangs ausgezeichnet. Sie erzielte mit dem Notendurchschnitt 1,5 die beste Gesamtleistung. Gudrun Heute-Bluhm, Vorsitzende des Hochschulrats der HVF und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags unterstrich in ihrer Laudatio, dass Digitalisierung im öffentlichen Sektor nicht als reine Addition von IT und Verwaltung zu verstehen sei.

Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, übergab den Förderpreis der Stadt für die beste Bachelorarbeit an den Absolventen Nikolai Wörner. Spec hob die Methodenkompetenz als Schlüsselqualifikation zur Bewältigung wechselnder Aufgabengebiete im öffentlichen Dienst hervor. Eine Fachjury hatte zuvor Nikolai Wörners Arbeit „Die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)“ als in mehrerer Hinsicht herausragend bewertet. Der Preisträger leistete Pionierarbeit im Gesamtkontext der Digitalisierung, da die interdisziplinär ausgerichtete Arbeit technische wie juristische Ausführungen vereint. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Robert Müller-Török und Prof. Dr. Arne Pautsch betreut.

Den mit 500 Euro dotierten Preis des Gemeindetags übergab der Renninger Bürgermeister Wolfgang Faißt an Timo Jung. Die Auszeichnung anerkennt Timo Jungs herausragendes Engagement in der studentischen Mitbestimmung in AstA und Fakultätsrat.





Breda Nubaum, Chefredakteurin des Staatsanzeigers, zeichnete die Studierenden Ines Hagmann, Dominik Stark und Sebastian Wiest für ihr soziales Engagement aus. Die Preisträger organisierten die Podiumsdiskussion „Die aktuelle Flüchtlingssituation und ihre Herausforderungen für die Kommunalpolitik“. Die Studierenden erhielten Geldpreise im Wert von 500 Euro sowie ein einjähriges Abonnement des Staatsanzeigers. Nußbaum hob die aus Absolventensicht ausgezeichnete Arbeitsmarktsituation im öffentlichen Sektor hervor: 2016 rund 40 Prozent mehr Stellenausschreibungen im Staatsanzeiger im Vergleich zum Vorjahr würden sehr anschaulich beweisen, dass die Absolventinnen und Absolventen vom „Arbeitsmarkt sehnsüchtig erwartet werden“, so Nußbaum.

Klaus Warthon, Vorsitzender des Vereins der Freunde der Hochschule und Bürgermeister der Gemeinde Benningen, zeichnete traditionsgemäß die zehn besten Absolventinnen und Absolventen des Jahrgangs aus: Jennifer Stegmaier, Fran-

ziska Knurr, Bianca Volz, Maria Juliana Schmid, Hanna Schiller, Kornel Stiegeler, Susanne Bertow, Jonas Jopp, Corinna Coels und Larissa Dreher dürfen sich über die Einladung zum Empfang der Jahrgangsbesten ins Staatsministerium freuen. Zudem erhalten die Absolventinnen und Absolventen auf den Plätzen zwei bis zehn einen Geldpreis in Höhe von 200 Euro.

Der mit 500 Euro dotierte Sonderpreis der Stadt Böblingen ging an Anna-Maria Kaltenbach und Tim Deininger für ihren Einsatz in der studentischen Gremienarbeit. Mailyn Borsik, Evelyn Heer, Jenny Knappe und Sina Schneider durften sich über den Sonderpreis der Stadt Sindelfingen und 500 Euro freuen. Mit dem Preis wurden die Studierenden für ihre Projektarbeit „Arbeitsplatz der Zukunft – Bürgerservice im Jahr 2025“, angeleitet von Prof. Dr. Birgit Schenk und Margit Gäng, ausgezeichnet.

Tim Deininger meisterte in seiner Rede des Jahrgangssprechers den weiten Weg von der humorigen Darstellung studen-

tischen Lebens bis hin zur Betonung der gesellschaftlichen Verantwortung von Beamtinnen und Beamten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Deininger ermunterte, im beruflichen Leben mutig aufzustehen, um entschlossen für freiheitlich-demokratische Werte einzutreten. Er dankte zudem den Beschäftigten und Dozierenden, dass sie „die Ausbildung der Studierenden immer an die erste Stelle gesetzt haben“.

Künstlerisch umrahmt wurde die Veranstaltung von den Absolventinnen Julia Doubrawa mit stimmungsvoller Musik und Katharina Schmid mit einem Sketch zur ambivalenten Beziehung zwischen Amtsbote und Bürgermeister. Dass die Feier am Rosenmontag stattfand, riefen die Tänzerinnen und der Tänzer der Zunftgarde Mistelhexen Ludwigsburg eindrucksvoll in Erinnerung. Andrea Mang und Dominik Stark, ebenfalls Absolventen, führten souverän durch die Veranstaltung.

Prof. Dr. Frank Kupferschmidt

Mit Design Thinking den Bürgerservice neu denken!

Mit digitalen
Medien ist eine
neue Servicequalität
möglich!

Der Urlaub ist greifbar nah und Frau Meyer freut sich, dass sie ihren 35. Geburtstag mit ihrer Familie während einer entspannten Zeit am Meer feiern darf. Sie wirft routinehalber einen kurzen Blick auf ihren Personalausweis. Oh Schreck! Er läuft in einem Monat aus. Sie stöhnt! Jetzt heißt es, aufs Bürgeramt gehen und einen neuen Ausweis beantragen. Zudem soll sie auch noch zum Fotografen wegen eines biometrischen Fotos, für das sie 20 Euro bezahlen muss. Sofort stellt sich Missmut ein. Wahrscheinlich muss ich, nachdem ich den Antrag gestellt habe, gefühlt eine Ewigkeit warten, bis der Ausweis fertig ist, und dann wieder beim Amt antreten, um ihn abzuholen. Und dann diese Öffnungszeiten! Behörden haben ja nur geöffnet, wenn andere Menschen arbeiten. Dienstleistungsservice ist denen doch fremd.

Solche Gedanken gehen dem Otto-Normalbürger durch den Kopf, wenn er einen neuen Personalausweis benötigt. Ja, die Verwaltung hat eben immer noch einen schlechten Ruf. Langes Warten und unfreundliche Wartebereiche, die einem deutlich machen, dass man in einer Servicewüste gelandet ist. Ganz zu schweigen von missmutigen, schlecht bezahlten Angestellten des öffentlichen Dienstes, die einem das Gefühl geben, ein Bittsteller zu sein. Wenn man den Personalausweis nicht unbedingt benötigen würde, man würde diesen Ort meiden.

Doch dieses Image stimmt nicht mehr! Nur leider hat sich immer noch nicht bei dem Gros der Bevölkerung herumgesprochen, dass sich die Verwaltung in den letzten Jahren sehr stark verbessert hat. Bürgerservicestellen mit der Möglichkeit der Terminvergabe wurden eingerichtet, und auch die Wartebereiche sind freund-

licher gestaltet als in der Vergangenheit. Die Beschäftigten im Bürgerservice haben inzwischen Schulungen erhalten, wie man mit „Kunden“ umgeht. Auch das Equipment ist bezogen auf die reine Aufgabenerledigung technisch auf dem neusten Stand.

Doch das ist erst der Anfang! Die Bundesregierung hat mit dem Programm „Digitale Verwaltung 2020“ den Startschuss für einen neuen Service gegeben, der mit den digitalen Medien möglich ist. Doch wie sieht diese Zukunft aus? Lassen Sie uns mal gemeinsam überlegen, wie man in der Zukunft einen Personalausweis beantragen könnte. Also nochmals von vorn:

Wir haben das Jahr 2025, ich habe soeben eine elektronische Nachricht bekommen, dass mein jetziger Ausweis in vier Wochen ausläuft. Das ist gut, denn ich möchte in Kürze in den Urlaub nach Spanien fliegen. In der Nachricht steht alles, was ich tun muss. Die einfachste Variante für mich ist die Homepage der Stadtverwaltung. Ich setze mich kurz an den Rechner, klicke die Seite des Bürgerservices an und wähle den Vorgang „Personalausweis beantragen“. Ich authentifiziere mich über meinen derzeitigen Personalausweis und folge nun dem vorgegebenen Pfad. Ich fülle alle notwendigen Felder aus, unterstützt von der interaktiven Hilfefunktion. Das biometrische Foto kann ich entweder über meine Webcam oder über eine App mit dem Smartphone erstellen. Falls ich nicht zurechtkomme, kann ich eine Videokonferenz mit einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung eröffnen und mir individuell helfen lassen. Abschließend muss ich nur noch über die Touchfunktion an meinem PC meine Unterschrift unter das elektronische Formular setzen. So, das war es –

fast –, ich muss den Ausweis noch über das angebotene online-Payment bezahlen. Fertig! Die Daten werden an die Bundesdruckerei übermittelt und in drei Arbeitstagen ist entweder mein Ausweis selbst bei der Verwaltung an einem 24-Stunden-Terminal abholbar oder einer der mobilen Verwaltungsmitarbeiter liefert diesen bei mir zu Hause gegen einen Aufpreis ab. Super! Das ging wirklich schnell!

Zugegeben, das hört sich alles noch nach Zukunftsmusik an, doch die Technik gibt es schon heute. Damit diese Potenziale innovativer Lösungen besser erkannt werden, wurde zusammen mit Studierenden der Hochschule Ludwigsburg und der Stadtverwaltung Sindelfingen ein Programm „Arbeitsplatz der Zukunft 2025“ gestartet. Es werden im Vertie-

fungsmul „Organisationsmanagement – E-Government“ neue Szenarien für die unterschiedlichsten Bereiche der Verwaltung entwickelt. Wie können z.B. zukünftig unterschiedliche Arbeitsplätze von Hochbauern und Beschäftigten im Bereich der Sozialleistungen aussehen oder wie lässt sich die Rolle der Beschäftigten des Bürgerservices bei der Beantragung eines Personalausweises gestalten (siehe Beispiel)?

Auf der Grundlage von aktuellen Arbeitsplatzbeschreibungen der verschiedenen Stellen erarbeiteten die Studierenden jeweils ein Szenario für das Jahr 2025. Ausgehend von den „Pains & Gains“, also allen den Behördengang betreffenden Aspekten des Alltags einzelner Personen, wurden die angebotenen Dienstleistun-

gen neu entwickelt (Methodik des Design Thinking).

Unterstützt wurde das Projekt durch Fachvorträge, beispielsweise des Fraunhofer Institutes für Arbeitswirtschaft und Organisation. Durch Interviews und Besuche vor Ort machten sich die Studierenden ein Bild von den aktuellen Gegebenheiten in der Verwaltung und skizzierten darauf aufbauend die Transformation in die Zukunft. Das Fazit der Verwaltung Sindelfingen fiel durchweg positiv aus. Die Studierenden haben wieder sehr innovative, aber auch pragmatisch umsetzbare Ideen entwickelt!

*Prof. Dr. Birgit Schenk/
Margit Gäng, Stadt Sindelfingen*



Details der Beihilfe gekonnt erklärt



Als Beihilfeberechtigte sehen sich Beamtenanwärterinnen und -anwärter einer Fülle von gesetzlichen Regelungen ausgesetzt, die finanzielle Vor-, aber auch Nachteile für sie haben können. Da die Feinheiten der Beihilfe jedoch mitunter ziemlich komplex sein können, hat der Ausbildungspersonalrat (APR) der HVF Ludwigsburg beschlossen, mithilfe einer Infoveranstaltung für mehr Klarheit zu sorgen.

Der APR war sich bei der Planung der Veranstaltung durchaus darüber bewusst, dass das Thema Beihilfe im Leben aller zukünftigen Beamtinnen und Beamten hochrelevant ist – trotzdem hatte niemand einen derartigen Andrang erwartet: Über 70 Studierende erschienen am Mittwoch, den 18. Januar 2017 zu der Infover-

anstaltung des APR „Hilfe zur Beihilfe“ in der Hochschule.

Harald Gentsch, Geschäftsführer des Verbands der Verwaltungsbeamten (VdV) war von der Idee sofort sehr angetan. Um einen möglichst detaillierten Überblick über die Beihilfe in Baden-Württemberg zu bieten, half er dem Veranstaltungsreferat des APR dabei, den perfekten Referenten dafür zu finden: Joachim Müller, Leiter der Beihilfeabteilung des KV BW, hat jahrzehntelange Erfahrung mit dem Themenkomplex Beihilfe und ist ein anerkannter Experte seines Fachs.

In knapp zwei Stunden zeigte Müller dem Publikum in dem überfüllten Hörsaal auf, wo sich Eingrenzungen oder Leistungslücken befinden, was beim Arztbesuch oder im Ausland zu beachten ist und welche Fehler unbedingt zu vermeiden sind. Während seiner Ausführungen beantwortete er zudem die zahlreichen Fragen der Studierenden mit viel Geduld und Expertise.

Vollkommen zu Recht erhielt er deshalb am Ende gebührenden Applaus von den Zuhörerinnen und Zuhörern. Auch Johannes Heberle, Vorstandsvorsitzender des APR, sowie der extra angereiste Harald Gentsch zeigten sich vollauf zufrieden. Der Vorschlag, dieselbe Infoveranstaltung von jetzt an jährlich anzubieten, schien bei allen Beteiligten auf Wohlwollen zu treffen.

Weitere Informationen und Merkblätter rund um das Thema Beihilfe:
<https://www.kvbw.de/pb/Lde/258168.html>

Der Ausbildungspersonalrat



Aktueller AStA-Report

Nachdem das Jahr für den AStA ruhig begonnen hatte, gab es ab März wieder alle Hände voll zu tun. Zunächst begrüßten wir zusammen mit den anderen studentischen Gremien die neuen Erstsemester, um dann die Veranstaltungen für dieses Jahr vorzubereiten. Neben dem AStA-Kino konnten wir auch wieder zwei Besuche beim Musical „Mary Poppins“ im Apollo Theater in Stuttgart ermöglichen. Außerdem organisierten wir zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz die alljährliche Blutspendenaktion, die auch eine Stammzellentypisierung umfasste.

Besonders freuten wir uns auch über eine Einladung der neuen Prorektoren Frau Prof. Dr. Steidle und Herrn Prof. Dr. Haug,

die mit uns über Belange und Bedürfnisse der Studierenden diskutierten. Die Ergebnisse und den Wortlaut des Gesprächs finden Sie in dieser Dialog-Ausgabe auf Seite 12 – 14.

Im März stand ein Besuch der „LandesAStA-Konferenz“ auf dem Programm. Hier treffen sich regelmäßig die Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg, um sich über aktuelle Themen, wie z.B. die Änderungen im Urheberrecht oder die Einführung eines landesweiten Semestertickets auszutauschen. Dabei bietet sich die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und ein Netzwerk zu anderen Studierendenvertretungen aufzubauen. Im April waren wir dann zur Bundesstudierendenkonferenz in Hamburg eingeladen, wo wir

ebenfalls über aktuelle Hochschulthemen der verschiedenen Bundesländer diskutieren und an einem Rahmenprogramm mit Stadtführung teilnehmen konnten.

Um den Austausch mit den Studierenden zu fördern, haben wir uns entschlossen, das AStA-Büro vor der Cafeteria wieder länger zu besetzen. Wir haben jeden Dienstag von 13.15 – 14.00 Uhr sowie nach Vereinbarung geöffnet. Wir freuen uns über den Besuch von Studierenden, die Fragen, Probleme oder Ideen rund um unsere Hochschule haben. Ebenso halten wir Infomaterial zu aktuellen Veranstaltungen und sonstigen Hochschulthemen bereit. Falls das Büro nicht besetzt ist, können diese Informationen unserem Schaukasten neben dem Büro entnommen werden. Hier stellen wir auch die aktuellen Wohnungslisten von Privatwohngebern bereit. Um das Erscheinungsbild des AStA moderner zu gestalten, haben wir uns für ein neues Logo entschieden, das auch bei den Studierenden großen Anklang gefunden hat.

Im letzten Drittel unserer Amtszeit freuen wir uns nun auf die kommenden Veranstaltungen und stehen jederzeit Zeit für Fragen und Anregungen der Studierenden zur Verfügung. Da einige Mitglieder aufgrund ihres erfolgreichen Studienabschlusses vorzeitig aus dem AStA ausscheiden, wird unser Gremium durch Ersatzmitglieder ergänzt. Die nächsten Wahlen finden dann im November 2017 statt. Wir freuen uns sehr über interessierte Studierende, die sich vorstellen können, im AStA tätig zu sein. Vor den Wahlen wird es noch eine Info-Veranstaltung zu den Tätigkeiten des AStA geben.

Der AStA 2016/2017



Großes Interesse an Fortbildungen zum neuen Erbschaftsteuerrecht

Auf Einladung der OFD Karlsruhe haben die Leiter des Instituts für Unternehmenssteuern und Unternehmensnachfolge (IfUU), Prof. Dr. Lars Zipfel und Prof. Dr. Stefan Lahme, auf drei unterschiedlichen Fortbildungsveranstaltungen das neue Erbschaftsteuerrecht für die Fachabteilungen der Finanzverwaltung vorgestellt. Entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und auf dessen massiven Druck hin hat der Gesetzgeber im November 2016 neue Regelungen zu den erbschaftsteuerlichen Begünstigungen für die Unternehmensnachfolge erlassen. Die beiden Referenten zeigten die komplexen Neuerungen des Systemwechsels und auch die Folgewirkungen auf Seiten der Finanzverwaltung auf. Da die erbschafts- bzw. schenkungssteuerlichen Begünstigungen für Unternehmensvermögen sich nach neuem Recht – anders als bisher – nur noch auf den begünstigungswürdigen Teil des Unternehmensvermögens beschränken, sind nunmehr komplexe Aufteilungsberechnungen erforderlich.

Neben vielen weiteren Änderungen wurden u.a. für sogenannte Großvermögen (begünstigtes Betriebsvermögen von mehr als 26 Mio. Euro) neue verschärfende Begünstigungsregelungen getroffen. Dies erklärt auch, weshalb – im Vorgriff auf die erwartete Verschärfung – allein zwischen 2011 bis 2014 Unternehmensvermögen im Wert von 37 Mrd. Euro an minderjährige Kinder (davon der Großteil unter 14 Jahren) steuerfrei übertragen wurde (Zahlen des DIW).

Das neue Erbschaftsteuerrecht ist mit einem höheren Ermittlungs- und Prüfungsaufwand verbunden. Was alles auf sie zukommt, davon konnten sich die Fachprüfer für Unternehmensbewertung auf einem dreitägigen bundesweiten Erfahrungsaustausch in Ulm ein Bild machen. Bei der zweiten Veranstaltung in Stuttgart stellten Prof. Dr. Zipfel und Prof. Dr. Lahme das neue Recht den Fachprüfern für Unternehmensbewertung in Baden-Württemberg vor. Bei einer weiteren

Ganztagsveranstaltung in Ludwigsburg wurden die Fachleute der Erbschaftsteuer-Finanzämter in Baden-Württemberg mit dem neuen Recht vertraut gemacht. Die Teilnehmenden erhielten umfangreiche Vortragskripte, die ihnen als Nachschlagewerke dienen und die tägliche Arbeit erleichtern sollen.

Die Veranstaltungen stießen auf großes Interesse. Im Hinblick auf die gestiegene Komplexität waren sich alle Beteiligten über die Bedeutung und über die Unersetzlichkeit der Fachabteilungen in der Finanzverwaltung einig. Die Fortbildungsveranstaltungen sind auch eine geeignete Plattform für die Verzahnung von Theorie und Praxis, dem Kernelement der dualen Ausbildung an der HVF. Auf Wunsch der Finanzverwaltung werden Prof. Dr. Zipfel und Prof. Dr. Lahme noch im Jahr 2017 weitere Fortbildungen zum Themenkomplex veranstalten.

Prof. Dr. Stefan Lahme, Prof. Dr. Lars Zipfel



E-Partizipation in Entwicklungsländern



Prof. Dr. Alexander Loch

Psychologe, Völkerkundler und Inhaber einer Professur für Interkulturelle und soziale Kompetenz.



Markus Eichhorn

Gewählter Teamleiter der Fachprojektgruppe „Entwicklungszusammenarbeit“ im WS 2016/2017

Menschen in Entwicklungsländern, so nimmt man landläufig an, sind so arm, dass sie allenfalls mal per SMS die Marktpreise von Kaffee abfragen, sich ansonsten jedoch für „smartere“ Partizipationsformen erst noch „entwickeln“ müssten.

Der Besuch einer HVF-Fachprojektgruppe bei der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im November 2016 zeichnete ein anderes Bild des sogenannten „Digital Divide“, der „digitalen Kluft“, die Unterschiede bei Nutzung und Zugang zu moderner Kommunikationstechnologie markiert: Weltweit – und gerade auch in Entwicklungsländern – entstehen gegenwärtig

innovative E-Partizipationsformate. Deutschland, das Land der Dichter, Denker und Autobauer, ist dabei keineswegs an vorderster Entwicklungsfront. Vor diesem Hintergrund analysierte das Fachprojekt-Team in Kooperation mit der GIZ anhand ausgewählter Beispiele, was neben Klassikern wie „FixMyStreet“ (Bürgerbeteiligung zur Infrastrukturverbesserung) oder der „Urna de Cristal“ (spanisch: gläserne Wahlurne; transparente Regierungsführung in Kolumbien) in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mehr oder minder erfolgreich implementiert wurde. Abschließend wurden die Ergebnisse in Form von Postern im Headquarter der GIZ ausgestellt.

Beispiel I: Kenya openData

Kenya openData ist ein staatlich initiiertes Portal, das vor allem statistische Datensätze des ostafrikanischen Landes zur freien Verfügung stellt. Sie können individuell auf der Website konfiguriert sowie zur weiteren Verarbeitung exportiert werden. So werden Interessenten aus allen Teilen der Gesellschaft wertvolle Informationen geliefert und Entscheidungsprozesse faktenbasiert unterstützt.

Doch die Datenqualität und -pflege ist das Problem! Keineswegs alle staatlichen Stellen sind bereit, auch kritische Informationen zu veröffentlichen. Dafür scheint die Website nachhaltig (was bei vielen von NGOs betriebenen Plattformen in Entwicklungsländern nicht der Fall ist); sie ist in ein nationales Programm zum Ausbau der IT-Infrastruktur eingebunden sowie von dem Anspruch der Regierung getragen, „Good Governance“ zu demonstrieren: Kenia verankerte die Informationsfreiheit in seiner Verfassung.

Beispiel II: What's your MP doing? SMS-System in Papua-Neuguinea

Aufgrund der geotektonischen Gegebenheiten und der geringen Bandbreiten in Papua-Neuguinea etablierte das Parlament ein SMS-System, mit dem seine Arbeit transparent und in allen Landesteilen zugänglich gemacht werden kann. Im Rahmen des „Open Parliament Project“, das in Zusammenarbeit mit Transparency International und der EU ins Leben gerufen wurde, entstand auch das SMS-Anfragesystem, das transparent darlegt, was der eigene Abgeordnete (MP:

Member of Parliament) eigentlich gerade macht.

Über das Senden des Namens und des zugehörigen Wahlbezirks können Informationen über den jeweiligen Abgeordneten abgefragt werden. Insbesondere, welche Projekte er (selten: sie) gerade unterstützt. Und ob er/sie über die verwendeten Mittel Rechenschaft ablegt. Das HVF-Fachprojektteam musste allerdings feststellen, dass der SMS-Dienst in der Bevölkerung mit hoher Analphabeten-Rate weitgehend unbekannt ist und somit sein Potenzial nicht entfaltet.

Beispiel III: Ushahidi – Eine „crowdmap“ als App für Krisenregionen

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2007 kam es in der kenianischen Hauptstadt Nairobi zu Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. In diesem Kontext entwickelten lokale Programmierer in kürzester Zeit eine Website, die auf der Basis von Augenzeugenberichten die Gewaltausbrüche auf einer Onlinekarte zusammenstellte. Die über E-Mail und SMS gesendeten Berichte führten so zu einer detaillierten

KENYA openData
Kenia, 46.050.302 Einwohner, 45 % Internetnutzer, Alphabetisierungsrate 78 %, HDI 145/188

Schwächen

- Reifezeit:** Ende 2012/2013 Kreis, Stammdaten, Nutzerzahlen, morgentliche Pflege aktueller Daten
- Geometrische IT-Infrastruktur:** Digital Divide, geringe Breitbandgeschwindigkeit
- Aktuell:**
 - Keine inhaltliche Unterstützung, unvollständige Datenaktualisierung für den Datenhersteller
 - Mangelnde Aufmerksamkeit der Dienstleistungsprogramme Anbieter, die Dienstleistungen anbieten können

Stärken

- Dimensionen:**
 - Zugang und Rückmeldung für Jährlinge
 - Informations können direkt auf der Website individuell zusammengefragt und grafisch dargestellt werden
 - openData kann als Grundlage für eine größere politische Teilhabe und als verhaltenswissenschaftliche Maßnahme gegenüber der Regierung dienen
 - Zusammenarbeit mit externen Quellen – auch zur Steigerung des allgemeinen Bekanntheitsgrads (siehe openData Award)
 - Engagement der lokalen Bevölkerung (Crowdy Data) durch die Schaffung eines Nutzungsumfelds aufgrund eigener regionaler Netzwerke
- Erfolge:** Einführung eines openData Awards (auch bei der Vergabe von Ehrenpreisen und Diskussionsrunden aus dem Bereich offenerer (Social-) Infrastrukturen, Zivilgesellschaft und akademische Einrichtungen) ermöglicht werden, den Zugang zu den Datenbanken von KENYA openData zu erhöhen und zu erweitern

Milesteine

- Juli 2011: Launch der Website
- Änderung openData-Plattform in Afrika (nach Kenia)
- April 2014: Abschluss der Website

Daten & Fakten

Beschreibung: KENYA openData stellt statistische Datensätze zur Verfügung. Diese sollen Privaten, Unternehmen, Studenten, IT-Entwicklern und die Zivilgesellschaft wertvolle Informationen liefern und Entscheidungsprozesse unterstützen. Die Daten für die Website werden von der jeweiligen IT-Verantwortlichen der Regierung, dem Kenya National Bureau of Statistics und der Open Data Initiative (ODI) bereitgestellt. Die Website wird von der Information und Technology Authority (ITA) betreut, welche akademischen, Unternehmen, das Kenyan Museum für Information, Kommunikation und Technik unterstützt. Zudem wird eine Partnerschaft mit den amerikanischen Unternehmen, Salsita Inc. geführt, welche die Open Data Initiative mit herstellerunabhängigen Überflüssen und Anwendungen unterstützt.

Die Plattform setzt sich aus **Einzelteilen** zusammen aus:

- Data Catalogue:** Hier werden die relevanten Datensätze bereitgestellt. Die können über Karten und über OpenStreetMap heruntergeladen werden oder für die eigene Visualisierung heruntergeladen werden. Über das **Twitter County Data** werden die Datensätze öffentlich veröffentlicht.
- Open Portal:** Diese Anwendung bietet Einblick in die Datenbanken und Finanzierung von Projekten. Es hat eine Transparenz der Staatseinkünfte geschaffen, werden.
- Support Data:** Dies ist ein Portal, das User ermöglicht, auf noch nicht bereitgestellte Daten zuzugreifen, zu machen und diese online zu veröffentlichen.
- Open Data Blog:** In diesem Blog werden Artikel zu gesellschaftlichen Fragestellungen veröffentlicht.

Wichtig auf andere Dienste: Facebook, Twitter, Newsletter von KENYA openData

Userbewertung

| | |
|-------------------------------|--------------------------------------|
| Benutzerfreundlichkeit | Teambewertung |
| Transparenz | Grad der Partizipation (User) |
| Datensicherheit | Grad der Verbindlichkeit (Regierung) |
| Bewertungsziel | |
| Erreichbarkeit | |
| Zufriedenheit | |

Zukunftsaussichten

Durch die Schaffung geeigneter rechtlicher Voraussetzungen verbessern sich die Möglichkeiten der Plattform stetig. Hierdurch werden Regierung und Verwaltung verpflichtet, ihre Bevölkerung regelmäßig aktuelle Daten bereitzustellen. Aufgrund des zusätzlichen Auftritts auf Facebook und Twitter, das platformenorientierte Nachrichten sowie des Ausbaus der IT-Infrastruktur im Land wird eine steigende Bürgerbeteiligung geschaffen. Hierin bestehen die besten Entwicklungschancen für KENYA openData.

Verbesserungsvorschläge

- Open-Strategie via Live-Chat
- Ausbau über openData-Blage – um größere Interesse der Informationsgesellschaft/Publikum zu erwecken
- Regelmäßige Zusammenkünfte mit Stakeholder und Institutionen
- Partizipation/Inklusion von Usergruppen
- Erstellung von zentrale Datenbanken für alle Ebenen der Politikbereiche

giz

Dokumentation der Ereignisse, die die Aufarbeitung durch Hilfsorganisationen, Medien oder staatliche Berichterstattung weit übertraf. Das Team von Ushahidi integrierte im Folgenden ein Verifikationssystem, damit der Meldeservice nicht durch Falschmeldungen missbraucht und die Bevölkerung effektiv gewarnt werden konnte. Weltweit, vor allem in Konfliktregionen und Krisengebieten, wurde diese Art der visuellen Aufbereitung von real-time Daten verwendet (u.a. 2009 Gazakrieg, 2010 Erdbeben in Haiti, seit 2011 Syrienkrieg), was durch den frei verfügbaren Programmcode ermöglicht wurde. Auch Obama nutzte 2012 Ushahidi in seiner Wahlkampagne.

Heute ist Ushahidi eine eigene Non-Profit-Organisation mit circa 30 Mitarbeitern. Ihre Crowdmapping-Technologie wird stetig weiterentwickelt. Die Basisversion ist im App-Store kostenlos erhältlich. Darüber hinaus gibt es Accounts für Hilfsorganisationen, die Metadaten und eine tiefere Aufschlüsselung der Datensätze bieten. Solche Lizenzen müssen entgeltlich erworben werden, wodurch sich Ushahidi finanziert. Die App ist derzeit in 160 Ländern in 90.000 Einsätzen aktiv, bei denen 6,5 Mio. Posts und 20 Mio. Nutzer registriert sind.

Beispiel IV: OPOUTO zur Anzeige von sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen in Benin

Nicht jede E-Partizipationsform gelingt. Die NGO Social Watch in Benin versucht, eine Plattform zur Anzeige von sexueller Gewalt sowie zur Meldung von Zwangsehen Minderjähriger zu etablieren. Zu-

sammen mit einer Aufklärungskampagne wurde im Dezember 2014 eine einschlägige Website lanciert, um das wahre Ausmaß dieses Problems zu dokumentieren und ein Umdenken in der Bevölkerung anzuregen.

Doch Benin hat eine Internetnutzerquote von lediglich sechs Prozent. Gerade in den ärmeren ländlicheren Gegenden fehlt die Internetanbindung. Zwar besteht die Möglichkeit, per SMS Vorfälle zu melden, doch dieses Angebot wird quasi nicht genutzt. Das ist sicher nicht primär auf den geringen Bekanntheitsgrad dieser Plattform zurückzuführen. In vielen Dörfern wird kein Französisch gesprochen; die Anwendung ist aber in der Amtssprache Französisch verfasst. Über die Website können/sollen sensible persönliche Daten veröffentlicht werden (Namen, Adressen der Vorfälle etc.) Das bedeutet, dass die Website trotz des Verifikationssystems als „sozialer Pranger“ missbraucht werden kann; leicht könnte man den ungeliebten Nachbarn anzeigen bis der Eintrag gelöscht ist, hat die Gerüchteküche ihr Übriges getan. Whistleblowersysteme benötigen sehr durchdachte Schutzmechanismen für die User, wie beispielsweise auch von den (erfolgreichen) digitalen Angeboten der Antikorruptionskommission in Indonesien (KPK) bekannt ist.

Weitere Beispiele aus Indien, Südafrika und Uganda

Indien hat mit MyGov India bereits 2014 eine E-Partizipationsplattform entwickelt. Sie besitzt einen eigenen YouTube-Kanal, einen Facebook- und Twitter-Account

etc. Es gibt darin Ideenwettbewerbe, Themengruppen, Onlineabstimmungen. Ein Land mit 1,33 Milliarden Menschen, das systematisch progressiv seine IT-Infrastruktur ausbaut, profitiert davon enorm, auch wenn nur ein Prozent das Partizipationsangebot nutzt.

In Südafrika hat sich LUNGISA bewährt, was so viel bedeutet wie „pack' es an“. Über SMS, USSD und Mxit sowie E-Mail, Facebook, Twitter und WhatsApp können die Menschen in Kapstadt Mängel öffentlicher Versorgungsleistungen, wie beispielsweise verstopfte Abwasserrohre melden. Die Kooperation der betreibenden NGO mit den Verwaltungen hat in den Townships gut funktioniert. Einziges Problem derzeit: Die Betreiber konnten keine weiteren Partner zur Finanzierung gewinnen, weshalb dieses Angebot pausiert.

Anders stellt es sich in Uganda dar. Dort wurde bereits 2006 ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet, in dessen Folge die E-Partizipationsplattform „Ask your Gov“ in Zusammenarbeit mit der NGO Africa Freedom of Information Centre (AFIC) gegründet wurde. Die Website möchte den Bürgern Ugandas zu ihrem Recht auf Information verhelfen, was gerade in einem Land mit hoher Korruptionsrate von großer Bedeutung ist. Doch kann die Information am Ende nur so gut sein wie die dahinterliegenden Verwaltungsprozesse. Ein User, der im Frontend fragte: „Wie hoch ist anteilig der Landbesitz der ranghohen Militärs in unserem Lande?“, erhielt auch nach Monaten noch keine Antwort. Aber das kann ja nicht nur in Uganda passieren.

Frauenwirtschaftstage 2016 wollen mehr Frauen in Führungspositionen bringen



Prof. Dr. Tanja Leibold

Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte

Frauen bringen
zahlreiche
Führungskompetenzen
mit.

„Mit Frauen gewinnen“ war das Motto des Frauenwirtschaftstages 2016, der am 13. Oktober an unserer Hochschule stattfand. Als Podiumsgäste begrüßte die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule, Prof. Dr. Gunda Rosenauer, drei Frauen, die in unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Führungspositionen erreicht haben: Gudrun Heute-Blum, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg und Oberbürgermeisterin a.D., die Bürgermeisterin der Gemeinde Wannweil, Anette Rösch und Oberamtsrätin Marianne Gmelin, Sachgebietsleiterin für Betriebsprüfung im Finanzamt Göppingen.

In ihrem Einleitungsreferat machte Prof. Dr. Rosenauer anhand von sozialwissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen deutlich, warum Frauen nach wie vor auch in Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung unterrepräsentiert sind. Bereits bei der Bewerbung auf Führungspositionen sind Frauen deutlich vorsichtiger. So bewerben sich Männer bereits dann, wenn sie 56 Prozent der in einer Stellenausschreibung gesetzten Anforderungen erfüllen, während Frauen sich im Durchschnitt erst dann bewerben, wenn sie 86 Prozent der Anforderungen erfüllen. Nachteilig für Frauen wirke sich zudem die aufgrund von Elternzeit geringere Berufserfahrung aus. Zudem würden Männer in der Außenwirkung immer noch kompetenter wahrgenommen als Frauen.

Wie es gelingen kann, diese Hürden zu überwinden und die Herausforderung einer Führungsposition in der öffentlichen Verwaltung als Frau zu ergreifen und erfolgreich zu gestalten, zeigte anschließend Bürgermeisterin Anette Rösch in

einem sehr beeindruckenden Bericht über den eigenen Karriereweg. Anette Rösch, die selbst Absolventin der HVF (Fakultät I) ist, wurde 1994 mit 27 Jahren zur jüngsten Bürgermeisterin Baden-Württembergs gewählt. An der HVF hatte Anette Rösch als einzige weibliche Kommilitonin an einem Seminar „Wie werde ich Bürgermeister“ teilgenommen. Inzwischen hat sie bereits ihre dritte Amtszeit in der Gemeinde Wannweil angetreten. In ihrem Vortrag betonte Rösch die hilfreichen Eigenschaften, die Frauen für dieses Amt mitbringen. Frauen seien besser als Männer in der Lage, emotionale Spannungen wahrzunehmen und diese beispielsweise in Gremiensitzungen zielorientiert aufzulösen. Trotz der vielfältigen terminlichen Anforderungen sei das Amt der Bürgermeisterin auch mit einer Familie vereinbar. In Führungspositionen sei die Zeiteinteilung insoweit flexibler, als viele Termine selbst festgelegt werden könnten. Hilfreich sei auch das Netzwerk der Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg, deren Mitglieder auch Frauen beratend zu Seite stünden, die sich überlegen, als Bürgermeisterin zu kandidieren. Das Leben als Bürgermeisterin bewertet Anette Rösch als extrem spannend und vielfältig.

Oberamtsrätin Marianne Gmelin ist als Sachgebietsleiterin für Betriebsprüfung am Finanzamt Göppingen tätig und führt 17 Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer. Viele Jahre lang war Gmelin als Lehrbeauftragte für den gehobenen Dienst in den Fächern Einkommensteuer und Erbschaftsteuer tätig. Gmelin berichtete, dass in ihrer Generation die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch sehr schwierig gewesen sei. Als alleinerziehende Mutter habe sie zeitweise eine Kinderfrau für die

Betreuung ihres Sohnes engagiert, wofür sie 40 Prozent ihres Gehaltes habe aufwenden müssen. Frauen brächten zahlreiche Führungskompetenzen mit. So könnten sie schwierige Personalgespräche besser führen und hätten hohe Organisationskompetenzen. Zudem würde sich die Diskussionskultur verbessern, wenn mehr Frauen in Gremien seien. Gmelin empfahl Frauen, schon während des Studiums Netzwerke zu knüpfen, da diese für den weiteren Karriereweg sehr hilfreich seien.

Oberbürgermeisterin a. D. Gudrun Heute-Bluhm ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg. Ihren beruflichen Werdegang begann die Juristin als Verwaltungsrichte-

rin am Verwaltungsgericht Freiburg. 1995 wurde sie erstmals zur Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach gewählt. Dieses Amt hatte sie bis zu ihrer Wahl als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages inne. Einleitend stellte Heute-Bluhm dar, dass sich Frauen im Hinblick auf Führungspositionen anders verhalten würden als Männer. So würden Frauen überlegen, ob sie es können, während Männer wissen, dass sie es können. Frauen hätten gegenüber Männern den Vorteil, dass sie sachorientierte Führungskräfte seien. Teams mit Frauen seien ihrer Erfahrung nach erfolgreicher. Um Frauen für die Übernahme von Führungsaufgaben zu motivieren, seien weibliche Vorbilder wichtig. Abschließend stellte sie deshalb

den Werdegang erfolgreicher Kommunalpolitikerinnen vor.

In der anschließenden Diskussion hatten die teilnehmenden, überwiegend weiblichen Studierenden Gelegenheit, direkte Fragen an die Podiumsgäste zu stellen. Thema war dabei insbesondere die Frage, welche Vorgehensweise für eine erfolgreiche Bewerbung nach Beendigung des Studiums zu empfehlen ist.

Als Dank für die engagierten Vorträge und Diskussionsbeiträge überreichte Prof. Dr. Gunda Rosenauer, die ehemalige Försterin, den Podiumsgästen eine Wildschweinwurst – statt Pralinen also bewusst ein genderunübliches Mitbringsel.



Preisverleihung bei der Bachelor-Abschlussfeier „Public Management“

Am 27. Februar 2017 fand im Theatersaal des Forums am Schlossplatz in Ludwigsburg die Abschlussfeier für die Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiengangs „Public Management“ statt. Auch in diesem Jahr ist es dem Vorsitzenden des Vereins der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg e. V., Herrn Bürgermeister Klaus Warthon wieder gelungen, bei Städten und Gemeinden Geldspenden für die Ehrung der besten Absolventinnen und Absolventen 2017 einzuwerben.

Die Prüfungsbesten erhielten vom Verein eine Urkunde und Geldpreise. Außerdem wurden die besten Preisträgerinnen und Preisträger zu einem Besuch ins Staatsministerium eingeladen. Die Überreichung der Urkunden und Preise erfolgte durch unseren Vorsitzenden.

Geehrt wurden folgende Absolventinnen und Absolventen:

| | |
|----------------------|--------------------|
| Franziska Knurr | Bianca Volz |
| Maria Juliana Schmid | Hanna Schiller |
| Kornel Stiegeler | Susanne Bertow |
| Jonas Jopp | Corinna Coels |
| Larissa Dreher | Jennifer Stegmaier |

Einen durch die Stadt Böblingen geförderten Preis für besonderes soziales Engagement und hohe soziale Kompetenz erhielten:

Tim Deininger und Anna Maria Kallenbach

Mit einem Förderpreis der Stadt Sindelfingen für das Projekt „Arbeitsplatz der Zukunft – Bürgerservice im Jahr 2025“ konnten folgende Preisträgerinnen ausgezeichnet werden:

| | |
|---------------|----------------|
| Mailyn Borsik | Evelyn Heer |
| Jenny Knappe | Sina Schneider |



Partnerschaft mit der Verwaltungshochschule in Quito/Ecuador

Die „New Urban Agenda“ stand im Mittelpunkt der UN-Konferenz „Habitat III“ in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito, an der Prof. Dr. Christian Walker im Oktober 2016 teilnahm. Bei über 30.000 Teilnehmern einigten sich alle 193 Mitgliedsstaaten vor dem Hintergrund des weltweiten Urbanisierungsprozesses auf eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen. Die Agenda behandelt verschiedene Themenfelder: Stärkung kommunaler Zuständigkeiten und Verwaltungsstrukturen, Stärkung der Gemeinden in der Raumplanung sowie ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen. Zentral ist die Verpflichtung zur Partizipation der Bürger in den Stadtentwicklungsprozessen. Auf der Konferenz waren erstmals einzelne Kommunen direkt vertreten, ein im Vorfeld durchaus umstrittenes Novum, das die Frage aufwirft, wie zukünftig die Interessenvertretung von Gemeinden bei der internationalen Festlegung von Entwicklungszielen aussehen soll.

Für die Hochschule konnten auf der Konferenz zahlreiche Forschungskontakte in verschiedene Länder hergestellt werden. Verbindungen zu ecuadorianischen Hochschulen und Kommunen entstanden auf der Delegationsreise mit dem in Ludwigsburg ansässigen Honorarkonsul von Ecuador in Baden-Württemberg, Siegfried Rapp, in die die Teilnahme von Prof. Dr. Walker an der Konferenz eingebettet war. Vereinbarungen über eine künftige Zusammenarbeit erfolgten mit vier ecuadorianischen Hochschulen und mit den Kommunalverwaltungen in Amabato und Urququi. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Studierende ihre Praxisphase im Ausland verbringen möchten, bieten die neuen Partner eine vor-Ort-Betreuung zu den Themen Klimawandel

sowie Staats- und Verwaltungsrecht in Ecuador an.

Daneben entstanden weitere fachliche Verbindungen. So ist gerade auch Ecuador Ziel erheblicher Migrationsbewegungen. Austauschbedarf besteht aber vor allem auch bei der Stärkung ländlicher Räume sowie im Themenfeld elektronisch vernetzter Städte. Die Technologien hierfür kommen derzeit in oft größerem Umfang im Ausland zum Einsatz. Die datenschutzrechtlichen Standards erscheinen national und auch europäisch nur begrenzt steuerbar.

Zur konkreten Umsetzung des fachlichen Austauschs wurde im März 2017 in Lud-

wigsburg eine Kooperationsvereinbarung mit der Verwaltungshochschule in Quito, dem Instituto de Altos Estudios Nacionales, geschlossen. Gleichzeitig wurden verschiedene Kooperations Schwerpunkte vereinbart, unter anderem ein Austausch zur Unternehmensbesteuerung zwischen der EU und Ecuador, begleitet von der deutsch-ecuadorianischen Außenhandelskammer. Die Vertreterin der Hochschule in Quito, Daniela Céleri, PhD, Profesor Titular Agregado 1, führte in Ludwigsburg eine Lehrveranstaltung zum Vergleich deutscher und ecuadorianischer Migrationspolitik durch.

Prof. Dr. Christian Walker



Studierende der HVF Ludwigsburg besuchen die Winter School 2017 in Saratov

Zum ersten Mal während der schon über 18 Jahre währenden Partnerschaft mit dem „Stolypin Wolga-Institut für Verwaltung der Russischen Akademie für Wirtschaft und öffentliche Verwaltung“ besuchten Studierende der HVF Ludwigsburg die Winter School 2017 in Saratov (Russland).

Zehn Studierende beider Fakultäten reisten mit Prof. Stefan Faiß vom 18. bis zum 26. Februar 2017 nach Saratov, um an dem Programm der Winter School der dortigen Partnerhochschule teilzunehmen. Zusammen mit Studierenden aus der Slowakei und aus Russland besuchten sie Vorlesungen zu den Themen Kommunikation und Europarecht. Höhepunkt der Winter School war eine Konferenz zum Thema Kommunikation. In Arbeitsgruppen konnten die Studierenden verschiedene Felder aus diesem Themenbereich bearbeiten und die Resultate in Kurzvorträgen vorstellen.

Auch das Thema Europa und die Beziehungen zwischen Russland und Europa wurden in den Vorlesungen erörtert, die allesamt in englischer Sprache stattfanden. Dabei wurden die wichtigsten Institutionen der Europäischen Union vorgestellt und über die aktuellen Probleme in der EU diskutiert. Die russischen Studierenden erläuterten dabei die GUS (Gemeinschaft der unabhängigen Staaten). Nach sehr offenen Diskussionen äußerten dabei beide Seiten die Hoffnung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Europa und Russland.

Nach dem Ende der Winter School fuhr die Gruppe mit dem Nachtzug nach Moskau, um das Wochenende dort zu verbringen. Unter anderem organisierten die Studierenden einen Besuch des Kremls. Vor allem die Beleuchtung des Kremls und des Roten Platzes bei Nacht sowie der Besuch des Kaufhauses GUM beeindruckten dabei sehr.

Der Besuch der Winter School 2017 in Saratov war ein voller Erfolg. Erstmals verbrachte auch eine Studierende aus der Fakultät I, Katrin Strauch, ihr dreimonatiges, von der Baden-Württemberg-Stiftung als Stipendium finanziertes Auslandspraktikum in Saratov. Die Studentin war an der Vorbereitung und Organisation der Winter School beteiligt. Ein großer Dank für die tolle Organisation gilt der Leiterin des Akademischen Auslandsamtes in Saratov, Natalia Bobarykina, und ihrer Mitarbeiterin Olga Gaidukova sowie der Leiterin des Akademischen Auslandsamtes der HVF Ludwigsburg, Dorothee Staiger. Eine Wiederholung dieser besonderen Art der Studienreise steht bereits im Juni 2017 für 18 Ludwigsburger Studierende im Rahmen der neuen Summer School an. All das fügt sich hervorragend in die aktuelle Internationalisierungsstrategie der HVF ein.

Prof. Stefan Faiß



Internationale Aktivitäten und Regelunterricht – doch kein Widerspruch?

Bernhard von Chartres prägte um 1120 den Spruch von den Zwergen, die auf den Schultern von Riesen sitzen und deshalb weiter sehen können. Es war an der Zeit, weiter zu sehen, nämlich ob man den Regelunterricht in Vertiefungsfächern der Fakultät I mit unseren hochwertigen, ererbten wie neuen Auslandskontakten verbinden kann. Mit unseren beiden Partneruniversitäten Nemzeti Közszoigálati Egyetem und der deutschsprachigen Andrassy-Universität bot sich einiges an. Nun ging es darum, Themen und Dozierende zu finden, die sowohl für unsere als auch für die Hörerinnen und Hörer der Partneruniversitäten interessant waren sowie ein wenig Organisation. Im Endergebnis verbrachte der Vertiefungsbereich „angewandtes e-Government“ dann mit 19 Studierenden einen Tag bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit, wo etliche Dozierende, u.a. der Leiter und oberste Daten- und Informationsfreiheitsschützer Dr. Attila Péterfalvi nicht nur Interessantes vortrugen, sondern unmittelbar Prüfungsrelevantes: Hat doch Ungarn genau wie Deutschland die EU-Datenschutzgrundverordnung zum 25. Mai 2018 umzusetzen. Mit Erstaunen erfuhren die Studierenden, dass Ungarn schon seit den 1990er-Jahren über Informationsfreiheitsgesetze verfügt, während in Baden-Württemberg ein solches erst seit 2016 existiert.

Die nächste Station war an zwei Tagen die Andrassy-Universität. In den prunkvollen Räumen des Palais Festetics erlebten unsere Studierenden gemeinsam mit Hörerinnen und Hörern der Gastuniversität einen spannenden Tag mit – dem noblen Orte angemessen – Graf Alexander Leiningen-Westerburg, der nach dem Motto „Noblesse oblige“ als einer der führenden Köpfe im Bundeskanzleramt Wien und

an der E-Government-Offensive 2001 maßgeblich beteiligt war. So erfuhren die Studierenden aus erster Hand, wie man E-Government europameisterlich einführt und konzipiert. Da der Vertiefungsbereich bereits im dritten Monat war, entspannen sich Dialoge auf hohem Niveau. Am letzten Tag stand Bürgerbeteiligung auf dem Programm. Mit der ehemaligen Verfassungs- und Familiensprecherin der grünen Nationalratsfraktion, Frau Daniela Musiol, dem „Vater der Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure in Österreich“, Herrn Thomas Geldmacher und dem ehemaligen Geschäftsführer der Wiener Grünen

und heutigen Geschäftsführer einer Obdachlosenhilfs-NGO, Herrn Robert Korbei, waren hier Bürgerbeteiligungsprofis von Rang am Werk. In einer seminarartigen Lehrveranstaltung mit viel Interaktivität wurden die bislang im Unterricht erworbenen Bürgerbeteiligungskompetenzen erheblich erweitert, da man nicht nur das Rechtliche im Fokus hatte, sondern auch „the real stuff“. Es blieb ein beeindruckendes Erlebnis und wir hoffen, dass der Unterricht 2017/18 an der Universität Cluj-Napoca, Rumänien, stattfindet.

Prof. Dr. Robert Müller-Török



Internationale Konferenz mit Angehörigen der University of Ankara



Prof. Stefan Faiß

Professor für Steuer- und Wirtschaftsrecht, Fakultät II

Trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen gelang es der HVF Ludwigsburg, eine neue Hochschulpartnerschaft mit der University of Ankara, Fakultät Politikwissenschaften in der Türkei aufzubauen. Bereits im Jahr 2015 waren hierzu die ersten Vereinbarungen zwischen den beiden Hochschulen abgeschlossen worden.

Vom 28. November bis zum 2. Dezember 2016 besuchte schließlich eine Delegation von Studierenden und Hochschulangehörigen der University of Ankara die HVF zu einer internationalen Konferenz. In deren Mittelpunkt stand das Thema Europa mit Fokus auf die zukünftige Rolle der Türkei in Europa. Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die Flüchtlingspolitik und deren Auswirkungen.

In Vorträgen, die ausschließlich in englischer Sprache gehalten wurden, befassten sich die Teilnehmenden der Konferenz unter anderem mit der Zukunft der Europäischen Union, der Rolle der Türkei im Nahen Osten, der innertürkischen Situation und der Flüchtlingsproblematik. In zahlreichen Beiträgen wurden die schwierigen Poli-

tikfelder dargestellt. Daraus ergaben sich interessante und fruchtbare Diskussionen.

In seiner Ansprache zum Beginn der Konferenz hob Rektor Prof. Dr. Wolfgang Ernst die Bedeutung der interkulturellen Kompetenz für das Beamtentum in einer multikulturellen Gesellschaft wie der in Deutschland hervor. Für die Verwaltung in einem pluralistischen Land, in dem viele Nationalitäten bzw. Menschen mit ausländischen Wurzeln respektvoll zusammenleben, sei es wichtig, dass der Verwaltungsnachwuchs neben dem notwendigen Fachwissen ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz erlerne, so der Rektor.

Auf besonderes Interesse stieß auch ein Treffen mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Dorothee Schlegel, MdB (SPD). Die Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich mit ihr vor allem zu den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei aus. In der rund dreistündigen Diskussion konnte sich die Abgeordnete ein umfassendes Bild von der Situation türkischer Hochschulangehöriger und deren Erwartungen an Deutschland verschaffen.



Einen Höhepunkt der Konferenz bildete eine Fahrt nach Straßburg am letzten Tag. Dort konnten die türkischen Gäste zusammen mit den deutschen Studierenden bei einem Besuch des Europaparlaments praktisch erleben, wie Europa funktioniert. Die Verantwortlichen, Dorothee Staiger, Lei-

terin vom Akademischen Auslandsamt, Prof. Dr. Jörg Dürrschmidt und Prof. Stefan Faiß zeigten sich hoch zufrieden über den erfolgreichen Verlauf der Konferenz und den wissenschaftlichen Austausch, der in den zahlreichen Vorträgen seinen Niederschlag fand. Die HVF Ludwigsburg

strebt eine weitere Intensivierung der Partnerschaft mit der University of Ankara an. Vorgesehen sind ein regelmäßiger Fach- und Studierendenaustausch, eine Summer School, die gegenseitige Vermittlung von Praktikumsstellen sowie gegebenenfalls Sprachkurse.



HOCHSCHULPARTNERSCHAFTEN DER HVF LUDWIGSBURG

Ghent University
Ghent, Belgium

Technical University of Gabrovo
Gabrovo, Bulgaria

Farleigh Dickinson University
Toronto, Canada

South-Central University for
Nationalities
Wuhan, People's Rep. of China

Universität Rijeka
Rijeka, Croatia

University of South Bohemia
Budweis, Czech Republic

University of West Bohemia
Pilsen, Czech Republic

IAEN University
Quito, Ecuador

ENFIP Paris
Paris, France



University NKE and Andrassy
Budapest, Hungary

Éupolis Lombardia
Milan, Italy

The Haagse University
The Hague, Netherlands

Witelon University
Legnica, Poland

University of Lisboa
Lissabon, Portugal

Universitatea Babes-Bolyai
Cluj, Romania

Stolypin Wolga-Institut
Saratov, Russia

Pavel Jozef Safarik University
Košice, Slovakia

EAPC (Escola d'Administració Pública de Catalunya)
Barcelona, Spain

Universität Ankara
Ankara, Turkey

CAG University
Mersin, Turkey

Vietnamesisch-Deutsche Universität
Ho-Chi-Minh-Stadt, Vietnam

Erfahrungsberichte über Auslandspraktika zeigen Internationalisierung der HVF

„Immer mehr Studierende der HVF nehmen die Chance wahr, während ihres Studiums ein dreimonatiges Praktikum im Ausland zu absolvieren, um in einem globalisierten Verwaltungsumfeld internationale Erfahrung zu sammeln und ihre interkulturellen Kompetenzen auszubauen“, sagt die Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, Dorothee Staiger. So konnten im letzten Studienjahr alle Masterstudierenden über ERASMUS+, PROMOS oder über BWS+-Stipendien gefördert werden. Von den 245 Bachelor-Studierenden, die im Ausland praktische Erfahrungen sammelten, konnten 60 Prozent ihren Aufenthalt über ein Stipendium finanzieren.

Stipendiums antreten. Hierfür möchte ich mich auf diesem Wege bei der Baden-Württemberg Stiftung herzlich bedanken. Das NCRE beschäftigt sich mit allen Themen und aktuellen Ereignissen rund um die EU. Interkulturelle Kompetenz war für die Arbeit sehr wichtig, da hier Menschen aus den verschiedensten Ländern der Welt zusammenarbeiten. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen kamen aus Neuseeland, aber auch aus der Ukraine, Serbien und Frankreich. Die Arbeit mit ihnen sowie mit den Studierenden verlief auf einer sehr freundschaftlichen Ebene und ich fühlte mich hier stets wohl und gut aufgehoben.

viele abwechslungsreiche Erfahrungen in fachlicher, historischer, menschlicher und interkultureller Hinsicht sammeln. Dank des Stipendiums durch die Baden-Württemberg Stiftung war es möglich, nicht nur geografische, sondern auch persönliche Grenzen zu überwinden und die Arbeit und Organisation unserer russischen Partner, ihre vielseitige Kultur sowie interessante Menschen und deren Beziehung zu Deutschland zu entdecken.

Katrin Strauch



Mein Auslandspraktikum am National Centre for Research on Europe in Christchurch, Neuseeland:

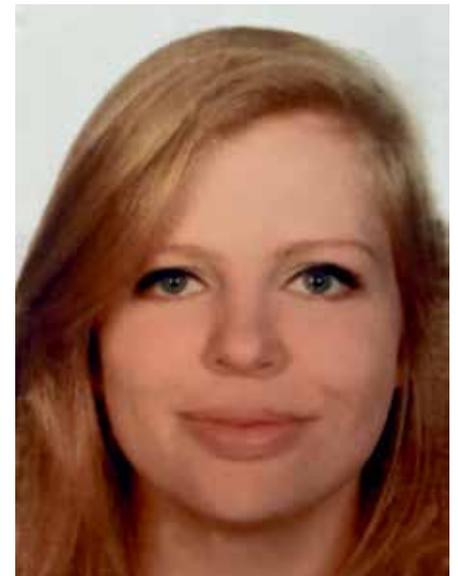
Mein Praktikum absolvierte ich am National Centre for Research on Europe (NCRE), welches sich an der Universität von Canterbury in Christchurch befindet. Da mein Praktikum unbezahlt war, konnte ich dieses nur dank des Baden-Württemberg

Rebecca Radatz



Mein Auslandspraktikum am Stolypin Wolga Institut in Saratov, Russland:

Nachdem ich bereits an einer Studienreise nach Saratov teilgenommen hatte, entschied ich mich, für das Praktikum noch einmal in den europäischen Teil Russlands zu gehen, um die Stadt sowie die russische Arbeitsweise näher kennenzulernen. Während meines Aufenthaltes durfte ich



Mein Auslandspraktikum am Deutschen Historischen Institut in London, Großbritannien:

Dank der Unterstützung durch das Akademische Auslandsamt der HVF war es mir möglich, ein durch Erasmus+ gefördertes Auslandspraktikum beim Deutschen Historischen Institut in London zu absolvieren. Während meines Aufenthaltes am Institut konnte ich einen Einblick in dessen Aufgaben und Tätigkeiten mit all ihren wissenschaftlichen Facetten erhalten

und entdecken, wie die Arbeit im Ausland durch eine ganz andere Arbeitskultur geprägt ist. Hieraus ergaben sich für mich wertvolle Erfahrungen, welche ich künftig gewinnbringend in meinen Arbeitsalltag einbringen kann.

Pia Haug



Austauschstudent aus dem Stolypin Wolga Institut in Saratov

Von September 2016 bis Februar 2017 habe ich im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung ein Auslandssemester an der Hochschule Ludwigsburg absolviert. Während meines Aufenthalts an der Hochschule konnte ich viele Unterschiede zwischen beiden Ländern feststellen: 1. Das duale Ausbildungssystem der Hochschule Ludwigsburg unterscheidet sich grundlegend von dem russischen. Ich war überrascht, dass an dieser Hochschule so viel Wert auf die Praxis gelegt wird. In Russland steht ausschließlich die akademische Ausbildung im Vordergrund. 2. Auch die

Zulassungsvoraussetzungen unterscheiden sich in den beiden Ländern. In Russland erwirbt man im Gegensatz zu Deutschland bereits nach elf Schuljahren einen mit dem Abitur vergleichbaren Abschluss. Für die Zulassung an einer russischen Universität oder Hochschule muss man in den beiden Fächern „Russisch“ und „Mathematik“ eine zusätzliche Prüfung ablegen und mit einer vorher gesetzten Mindestnote bestehen. 3. Die Disziplin während der Vorlesungen war an der Hochschule Ludwigsburg wesentlich höher, als ich dies aus Russland gewohnt bin. Die Studierenden an der Hochschule Ludwigsburg kommen zur Vorlesung, wie ich zur Arbeit gehen würde. Ich danke der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, im speziellen Herrn Prof. Michael Grau für die Unterstützung während meines Auslandssemesters sowie Frau Dorothee Staiger vom Akademischen Auslandsamt für die Betreuung in Ludwigsburg. Dem Studiengang X16 möchte ich auch nochmals von ganzem Herzen für die freundliche Aufnahme und Begleitung danken. Ohne die finanzielle Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung wäre der Aufenthalt für mich nicht möglich gewesen.

Do swidanja! До свидания!

Fedor Golubev

Austauschstudentin von der Westböhmischen Universität in Pilsen

Vor eineinhalb Jahren habe ich mich dazu entschieden, über ein Erasmus+-Stipendium ein Auslandssemester an der Hochschule Ludwigsburg zu absolvieren. Nachdem es mir an der Hochschule so gut gefallen hat, habe ich über das Baden-Württemberg-Stipendium der Baden-Württemberg Stiftung zwei weitere Auslandssemester genehmigt bekommen. Hierfür möchte ich der Baden-Württemberg Stiftung, aber insbesondere auch Herrn Prof. Dr. Sander



beziehungsweise den Professoren und Dozenten im Studiengang Public Management sowie der Leiterin des Akademischen Auslandsamts Frau Staiger von Herzen danken. Ich bin sehr froh darüber, dass ich so lange an dieser Hochschule studieren durfte und habe viele wertvolle Erfahrungen sammeln können. Ich bin von der strukturierten Arbeitsweise der deutschen Arbeitskultur fasziniert und hoffe darauf, auch meinen Master an der Hochschule Ludwigsburg absolvieren zu können. Bye prozafím!

Zuzana Šimicová

Beziehungen zur Partneruniversität in Lissabon vertieft

Im Rahmen der Studienfahrt des Bachelorstudiengangs Allgemeine Finanzverwaltung in die portugiesische Hauptstadt vom 29. März bis zum 2. April 2017 wurde die Gelegenheit genutzt, unsere Partnerschaft mit der Universidade de Lisboa zu intensivieren. Geleitet wurde die Delegation der Hochschule Ludwigsburg vom Studiendekan Prof. Michael Grau. Sie umfasste neben Prof. Dr. Peter Eisenbarth und Prof. Dr. Matthias Mitsch auch über 40 Studierende, die im Instituto Superior de Ciências Sociais e Políticas (ISCSP) von einer Vertretung der Partneruniversität empfangen wurden.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass es im Interesse beider Hochschulen ist, die Kooperations- und Partnerschaftsverträge mit Leben zu füllen. Gerade durch Austausch und Exkursionen sowie durch

aktive Zusammenarbeit in verschiedenen Projekten gilt es die Partnerschaft zu pflegen. Auf unseren Besuch hin hat sich bereits eine Studentin über das Erasmus-Programm der EU für ein Semester an der Hochschule Ludwigsburg angemeldet. Bei der abschließenden Führung über den Campus konnten neue Eindrücke über das Hochschulleben einer südeuropäischen Universität gewonnen werden.

Darüber hinaus kam man mit weiteren Institutionen des öffentlichen Dienstes in Lissabon ins Gespräch. Beim Besuch der Vertretung des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission in Portugal wurde mit dessen Leiter über die wirtschaftliche Situation Portugals diskutiert. In der Deutschen Botschaft gab es einen Einblick in den Aufgabenbereich, den das Auswärtige Amt für die Bundes-

republik Deutschland in der ganzen Welt wahrnimmt. Zudem konnte ein guter Vergleich zwischen den Anforderungen an die Ausbildung für den gehobenen Auswärtigen Dienst und dem Ablauf des Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg gezogen werden. Im Obersten Gericht für Zivil- und Strafsachen Portugals, dem Supremo Tribunal de Justicia in Lissabon, fand ein lebhafter Austausch in englischer Sprache über die jeweiligen Justizsysteme statt. Dabei konnte in Erfahrung gebracht werden, dass sich die Einteilung der Gerichtsbarkeiten sowie die Möglichkeiten, den Rechtsweg zu beschreiten, in weiten Bereichen mit dem deutschen Rechtssystem decken.

Prof. Dr. Matthias Mitsch



Würdigung der ehemaligen Prorektoren Prof. Berndt und Prof. Dr. Sander

Nach zwei Jahren Amtszeit schieden die beiden Prorektoren Prof. Dr. Gerald G. Sander und Prof. Margarete Berndt zum 1. Februar 2017 aus ihrem Amt.

Margarete Berndt war als Prorektorin für die Bereiche Wissenschaft und Lehre zuständig. In dieser Funktion vertrat sie die Hochschule auf den Rektorenkonferenzen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung auf Bundes- und Landesebene. Zudem vertrat sie den Rektor bei Bachelorfeiern und wurde somit die „Außenministerin“ unserer Hochschule. In vielen Besprechungen mit dem Innen- und Finanzministerium sowie dem Städte- und Gemeindetag gelang es Frau Berndt unter anderem, die Reakkreditierungsverfahren der Bachelorstudiengänge rechtzeitig und erfolgreich abzuschließen.



Auch bei der Reakkreditierung der beiden Masterstudiengänge wirkte Frau Berndt mit. In Gesprächen mit der OFD stellte sie zudem wichtige Weichen hinsichtlich der Einführung eines Masters Taxation, dessen Chance auf Verwirklichung mittlerweile deutlich gestiegen ist. Bei der Anpassung der Grundordnung an das neue Landeshochschulgesetz wirkte sie ebenfalls entscheidend mit. Nach mehreren Anläufen wurde diese im Jahr 2016 vom Senat verabschiedet und schließlich auch vom Wissenschaftsministerium genehmigt.

Gerald G. Sander war Prorektor der Bereiche Forschung, Weiterbildung, IT-Management und Internationale Beziehungen. In dieser Funktion trieb er die Internationalisierungsstrategie der Hochschule aktiv voran. Hierfür bahnte er neue Beziehungen insbesondere zu Universitäten in den MOE-Ländern an. In der Forschung wurde eine neue Satzung für

das Institut für Angewandte Forschung (IAF) verabschiedet. Mit der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften e.V. konnte Herr Sander einen Kooperationspartner und Förderer der Forschung an der Hochschule finden.

In seine Amtszeit fiel weiterhin die Gründung des wissenschaftlichen Weiterbildungsinstituts (LUCCA), mit dem die Hochschule künftig aktiv in den Bildungssektor einsteigen wird. Im Hinblick auf die IT zählte die Ausstattung der neuen Außenstelle im Bleyle-Areal mit moderner Technik zu seinem Aufgabenbereich. Geprägt war seine Amtszeit auch durch Verhandlungen mit der PH Ludwigsburg über einen neuen Vertrag für das gemeinsame Rechenzentrum.

Prof. Stefan Faiß, Dr. Mijo Bozic

Professor Eberhard Ziegler in den Ruhestand verabschiedet

Mit Prof. Eberhard Ziegler wurde zum 28. Februar 2017 ein langjähriger Kollege in den Ruhestand verabschiedet, der die Hochschule im Bachelorstudiengang Public Management und darüber hinaus maßgeblich geprägt hat.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen, das er 1980 mit dem Ersten Staatsexamen abschloss, und der Zweiten juristischen Staatsprüfung begann er 1984 seine berufliche Laufbahn in der Justiz. Dort war er zunächst überwiegend am Familiengericht, später beim Landesjustizprüfungsamt tätig.

Es war seine Leidenschaft für die Lehre, die ihn 1994 an die Hochschule führte und die der entscheidende Antrieb für sein engagiertes Wirken blieb. Dabei hat er nicht nur die zivilrechtliche Lehre, sondern auch die Umstellung vom Diplom- auf den Bachelorstudiengang maßgeblich mitgestaltet. Über die rechtlichen Fragestellungen hinaus hat er stets die umfassenden Herausforderungen einer späteren Tätigkeit der Studierenden im Bürgermeisteramt im Auge behalten. Der von ihm konzipierte Vertiefungsschwerpunkt Führung im öffentlichen Sektor, der aus dem Vertiefungsstudium des Studiengangs nicht hinwegzudenken ist, trägt diesem Ansatz in besonderer Weise Rechnung.

Im Mittelpunkt seines Wirkens standen dabei immer die Studierenden. Sie zu fördern und ihre Ausbildung neuen Herausforderungen anzupassen, war für ihn

auch bei der Ausübung seiner Funktionen in der Hochschulselbstverwaltung ein zentrales Anliegen. Insbesondere als für das Prüfungsamt zuständiger Prorektor, als Studiendekan und Mitglied des Prüfungsausschusses kamen ihm seine Erfahrungen im Prüfungsrecht zugute, von denen – dank seines freundlichen und kenntnisreichen Rats – auch die Kolleginnen und Kollegen profitieren konnten. Über fünf Jahre war er zudem Mitglied des Hochschulrats.

Ob als Organisator der Ausbildungsmesse oder des Studientages: Für die Studierenden und die Hochschule war ihm keine Mühe zu viel. Nicht zuletzt verdankt ihm die vorliegende Hochschulzeitung Dialog, für die er über viele Jahre hinweg verant-

wortlich war, ihr heutiges Erscheinungsbild. Bei allem Einsatz in seiner 23 Jahre währenden Tätigkeit als Hochschullehrer ist es aber vor allem seine menschliche Haltung, die Kollegen und Studierende an ihm zu schätzen wissen.

In den Ruhestand hat er sich nicht „sang- und klanglos“, sondern mit einer von Oboenklängen umrahmten Abschiedsfeier von vielen langjährigen Kolleginnen und Kollegen verabschiedet. Die Hochschule dankt ihm für sein herausragendes Engagement und wünscht ihm einen erfüllten Ruhestand.

*Prof. Dr. Annette Zimmermann-Kreher
Prodekanin/Studiendekanin*



Neu an der Hochschule



Prof. Dr. Feriz Sejdija

Im Oktober 2016 wurde ich als Professor an die Fakultät II für die Fächer Ertragsteuern, Bilanzsteuerrecht und betriebliches Rechnungswesen berufen. Die ersten Eindrücke seit meiner Berufung sind sehr positiv. Besonders die Arbeit mit den Studierenden bereitet mir viel Freude. Meine akademische Laufbahn begann ich an der Fachhochschule für Finanzen in NRW. Darauf folgte ein Masterstudium der internationalen Betriebswirtschaftslehre an der University of East London. Promoviert habe ich an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina mit einem steuerwissenschaftlichen Thema.

Mein beruflicher Einstieg erfolgte bei der Finanzverwaltung NRW. Nach einer kurzen Zeit im Veranlagungsbereich wurde ich in der Betriebsprüfung eingesetzt. Die dort gesammelten Erfahrungen durfte ich im Verlauf meiner weiteren Betätigung beim Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung in Bonn einbringen. Zuletzt habe ich mich dort mit Fragen des internationalen Steuerrechts befasst. Von 2012 bis 2013 wurde ich an das Bundeszentralamt für Steuern abgeordnet, wo ich interessante Einblicke in die Prüfungstätigkeit des Bundes erhielt. Ich bin ein überzeugter Europäer, weshalb ich mich mit der internationalen Ausrichtung der Hochschule sehr identifiziere. In diesem Sinne war ich bereits als Kurzzeitexperte für die Europäische Kommission in Griechenland und für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit im Kosovo tätig. Meine Freizeit verbringe ich mit meiner Familie und jogge gerne, wenn es die Zeit zulässt.

VD-BW
Rechts- und Vorschriftendienst

+ Einen kostenlosen Zugang für die Dauer der Studienzeit können Sie bei Ihrer Hochschule anfordern.

Foto: © Wavebreakmedia/Micro - Fotolia

vd-bw-neu.de bietet:

- ✓ Bundesrecht und vollständiges Landesrecht Baden-Württemberg
- ✓ Komplettes Europarecht
- ✓ Alle Verkündungsblätter
- ✓ Optimiertes Bekanntmachungsverzeichnis
- ✓ Verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung
- ✓ Weitere 350.000 Entscheidungen aller Gerichtsbarkeiten
- ✓ Zusätzlich Fundstelle BW und Gemeindekasse BW

Vorschriftendienst Baden-Württemberg GmbH (VD-BW)

Scharrstraße 2 · 70563 Stuttgart

☎ 07 11/73 85-271

☎ 07 11/73 85-300

✉ vd-bw-neu@boorberg.de

Neue Prodekanin in der Fakultät II

Seit Januar 2017 verstärkt Frau Prof. Dr. Angelika Dölker als neu gewählte Prodekanin III das Dekanat der Fakultät Steuer- und Wirtschaftsrecht. Dort begleitet sie vorwiegend die Einführung eines Masterstudiengangs und ist zudem für rechtliche und Verfahrensfragen bei den Bachelorarbeiten und den Wahlpflichtfächern zuständig.

Frau Prof. Dr. Dölker hat an der Universität Passau Rechtswissenschaften sowie Betriebswirtschaftslehre studiert und an der Universität Freiburg berufsbegleitend einen MBA International Taxation erworben. Nach einer 20-jährigen Tätigkeit bei

einer der Big-Four-Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wechselte sie im September 2012 an die HVF Ludwigsburg. Bisher hat Frau Prof. Dr. Dölker vorwiegend Vorlesungen in den Studienfächern Besteuerung der Gesellschaften und Internationales Steuerrecht sowie im Steuermodul des Master-Studiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement gehalten. Des Weiteren war sie zunächst Regionenbeauftragte für die Vier-Motoren-Region und hat im März 2016 die akademische Leitung des Akademischen Auslandsamts übernommen.

Prodekan Prof. Dr. Michael Kosmalla



Die Hochschule trauert

† Karin Boehnke



Mit Bestürzung haben wir im Januar 2017 vom Ableben unserer Kollegin Karin Boehnke Kenntnis erhalten.

Frau Boehnke trat am 1. April 1996 als Schreibkraft in den Dienst der damaligen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung ein. Sie war in verschiedenen Bereichen der Hochschule tätig, zunächst im Rektorat, später im Fakultätssekretariat im Studiengang Public Management. Die Arbeit und der Kontakt mit Lehrenden und Studierenden bereiteten ihr sehr viel Freude und bescherten ihr viel Anerkennung. Sie erlebte die strukturellen Veränderungen der Hochschule mit ihren Höhen und Tiefen aktiv mit.

Ihre Tierliebe, vor allem zu ihren Katzen, die sie aus dem Tierheim zu sich nach Hause holte, war im Kollegium bekannt und lud zu manchem Meinungs- und Fachgespräch ein. Sie teilte das Büro mit den Praktikantinnen und Praktikanten, die sie mit großem Engagement in vielerlei Aufgabestellungen unterstützte.

Nach über 20 Jahren Zugehörigkeit zur Hochschule, in der Frau Boehnke stets zuverlässig und treu ihren Dienst versah, trauern wir um unsere geschätzte Kollegin und behalten sie in guter Erinnerung.

Elfriede Fuchs, Personalratsvorsitzende

Kurz berichtet

Internationale Tage

Am 22. und 23. Mai 2017 fanden im Landratsamt Ludwigsburg erstmals die „Internationalen Tage“ der HVF statt. Unter dem Rahmenthema „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ boten internationale Wissenschaftler sowie Professorinnen und Professoren aus Ludwigsburg Vorträge zu verwaltungs-, steuer-, zivil- und strafrechtlichen Aspekten an.

Neuer Beauftragter für den „Dialog“

Nach 15 Jahren als verantwortlicher Redaktionsleiter für das Hochschulmagazin Dialog hat sich Prof. Eberhard Ziegler im März von der Hochschule in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger als Beauftragter wird ab der kommenden Ausgabe Prof. Dr. Volkmar Kese. Der Rechtswissenschaftler, der sich zudem in Kommunikationswissenschaften speziali-

siert und dort zahlreiche einschlägige Publikationen veröffentlicht hat, weist sich als Experte auf den Gebieten Public Relations und Pressearbeit aus. Gemeinsam mit seinem Team, das aus Daniel Zimmermann M. A., Eva Baum M. A. und Matthias Riede M. A. besteht, wird er ab 1. September 2017 die Arbeit am Dialog aufnehmen.

Neuer Rektoratsassistent

Matthias Riede M. A. ist seit 1. März 2017 neuer Rektoratsassistent an der HVF und übernimmt in diesem Zusammenhang zukünftig die Kommunikation und das Marketing der Hochschule. Riede studierte in Potsdam Politik- und Verwaltungswissenschaften und arbeitete für zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Gründung der Gleichstellungskommission

Am 12. April 2017 wurde an der HVF die neu gegründete Gleichstellungskommission gewählt. Sechs Hochschulangehörige aus den Bereichen Lehre, Verwaltung und Studierende sowie sechs Stellvertreterinnen und Stellvertreter stehen von nun an der Gleichstellungsbeauftragten Prof. Dr. Gunda Rosenauer und der Chancengleichheitsbeauftragten Katja May beratend zur Seite. Die Gleichstellungskommission wird sich zukünftig zwei Mal im Jahr treffen.



Ludwigsburger Autoren

Alber, Matthias

- Mindestausschüttungen – was bei Unternehmensbeteiligungen von gemeinnützigen Stiftungen zu beachten ist, Familienunternehmen und Stiftungen, FuS, 2016 S. 106.
- Nomoskommentar Gesamtes Gemeinnützigkeitsrecht, 1. Auflage 2016, Paragraphen 52 Absatz 2 Nr 14–25, 58 Nr. 8 und 67a AO.
- Dötsch-Kommentar, Die Körperschaftsteuer, Schäffer-Poeschel-Verlag, 89.EL, März 2017, völlige Neukommentierung des Paragraphen 5 Absatz 1 Nr 9 KStG, insgesamt 304 Seiten.

Bunk, Sarah

- Ist Ämterpatronage strafbar? Jura Studium & Examen (JSE) 2016, 110 ff.
- Übungsklausur Ordnungswidrigkeitenrecht: „Die kopflosen Hühner“, Jura Studium & Examen (JSE) 2016, S.179 ff. [gemeinsam mit Majer, Christian F.]

Dölker, Angelika

- Maßnahmen zur Schaffung von Steuertransparenz durch Amtshilfe und Informationsaustausch unter Steuerbehörden verschiedener Länder sowie durch nationale Gesetze in Deutschland, in: Betriebsberater 6/2017, S. 279–284.

Dürr, Christiane

- Aufwendungen für die Beseitigung nachträglicher Schäden: Sofort abzugsfähiger Aufwand oder anschaffungsnahe Herstellungskosten?, in: Der Betrieb 2016, S. 2380–2383.
- Neuerungen im Lohnsteuerrecht, in: BWGZ 2016, S. 1038–1041.
- Benachteiligung von nebenberuflichen Übungsleitern durch Einschränkung des Betriebsausgabenabzugs?, in: Der Steuerberater 2017, S. 28–30.
- Der Kurzvortrag in der mündlichen Steuerberaterprüfung 2016/2017 Themenbereiche: Erbschaftsteuer und Bewertung, Berufsrecht, Handelsrecht, 8. Aufl. Weil im Schönbuch, 2016.
- Vorbereitung auf die mündliche Steuerberaterprüfung/ Kurzvortrag 2016/2017 mit Fragen und Fällen aus Prüfungsprotokollen Themenbereich Gewerbesteuer, 4. Aufl. Weil im Schönbuch, 2016.
- Kommentierung zu § 9 KStG, in: 360° eKommentar KStG, Stand 31.01.2017

- Kommentierung zu § 10 KStG, in: 360° eKommentar KStG, Stand 31.01.2017
- Kommentierung zu § 6b EStG, in: 360° eKommentar EStG, Stand 03.02.2017
- Kommentierung zu § 6c EStG, in: 360° eKommentar EStG, Stand 03.02.2017

Lahme, Stefan

- Beck'sches Steuer- und Bilanzrechtslexikon (Online-Lexikon), Kommentierung von 17 Steuerrechtsbegriffen; Steuerrechtsbegriffe: Bewertung von Wirtschaftsgütern, Bilanzänderung, Eigene Anteile, Forderungen, Gesellschafterdarlehen, Gesellschafterwechsel EStG, Grunderwerbsteuer; Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Investitionsabzugsbetrag, Pensionsrückstellung, Realteilung, Rücklage für Ersatzbeschaffung, Rücklage für Investitionen, Rückstellungen; verdeckte Einlagen; verdeckte Gewinnausschüttungen; Verlustabzug bei Kapitalgesellschaften, C.H. Beck Verlag, Stand 1.2.2017.

Noak, Torsten

- Die Strafvorschrift des § 105 SGB VIII – Fehlleistung des Gesetzgebers, HRRS 2016, 505.
- Anmerkung zu BGH, Urt. v. 20.10.2016 – III ZR 278/15, 302/15, 303/15, ZJS 2017, 106.
- Rezension zu: Reiner Stein, Wörterbuch des Staats- und Verwaltungsrechts, Backstein (Zeitschrift der FHöVPR Güstrow) Winter 2016/2017, 28.
- Kommentierung der §§ 68, 69, 79, 80, 81 JGG, Gertler/Kunkel/Putzke, Beck'scher Online Kommentar JGG, 4. Edition 15.11.2016.

Sander, Gerald G.

- Winiewski/Sander, Gerald G./Kobes (Eds.), Management Contexts in Security Institutions, Hamburg 2017, 223 S.

Sejdija, Feriz

- Referentenentwurf eines Steuerumgehungsbekämpfungsgesetzes – eine kritische Analyse, StB 2017, 9–14 [gemeinsam mit Holzner, Stefan].

Stingl, Johannes

- Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, Textausgabe mit Einleitung, ergänzenden Bestimmungen, Verweisungen und Sachregister, 2016, 7. Auflage.

Die Messe
für **Praxisphase**
und
Berufseinstieg

TRAUM JOB GESUCHT?

Personalmesse am 21. September 2017
Direkt an der Hochschule Ludwigsburg



Messeangebot an unserem Stand:

Staatsanzeiger-Studi-Abo

12 Wochen für 12 Euro

Extra: Kaffee-To-Go-Becher



STAATSANZEIGER
Medien aus Baden-Württemberg

Vergleichen
lohnt sich!

Auto: Lieb und teuer.
Wir: Stark und günstig.



Die Kfz-Versicherung der wgv

Wenn auch Ihnen Ihr Auto lieb und teuer ist, dann wechseln Sie jetzt mit Ihrer Kfz-Versicherung zur wgv. Hier genießen Sie Top-Service und Leistung und können mehrere hundert Euro im Jahr sparen. Unter 0711-1695-1400 beraten wir Sie gerne zu unseren starken und günstigen Angeboten – oder Sie nutzen einfach unseren Beitragsrechner unter wgv.de.



Wertvolles günstig
versichert.

Service-Nr.: 0711-1695-1400 · www.wgv.de